



## **9. Stadtratsprotokoll / 9<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville**

**Sitzung vom Mittwoch, 15. August 2018, 18.00 Uhr**  
**Séance du mercredi 15 août 2018 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

---

### **Anwesend / Présents:**

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Helbling Beatrice, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strässler Thomas, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zumstein Joël

### **Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):**

Arnold Niels, Bord Pascal, Brunner Thomas, Diop Mamadou, Freuler Fritz, Külling Urs, Meyer Miro, Rebetez Maurice, Strobel Salome

### **Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:**

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:**

-

### **Vorsitz / Présidence:**

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

### **Sekretariat / Secrétariat:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

<b>Behandelte Geschäfte / Affaires traitées</b>	<b>Seite/Page</b>
136. Genehmigung der Traktandenliste .....	379
137. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	380
• Fraktionserklärung SP/JUSO .....	380
138. Ersatzwahl in die deutschsprachige Schulkommission .....	381
139. Ersatzwahl in die Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO) ..	381
140. Ersatzwahl in die interkommunale Kommission AGGLOlac .....	382
141. 20180156 Leistungscontrolling 2017 Parking Biel AG .....	383
140. Ersatzwahl in die interkommunale Kommission AGGLOlac (Fortsetzung) .....	386
142. 20180201 Solothurnstrasse 154/156: Verlängerung des Baurechtes auf Biel-Grundbuchblatt Nr. 8727 mit der Firma HR-Holding AG .....	386
143. Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates .....	389
• Präsidialdirektion .....	389
○ Postulat 20120043 "Unhaltbare Verkehrssituation im Bözingenfeld: dringliche kurz- und mittelfristige Verbesserungsmaßnahmen" ....	390
○ Postulat 20120048 "Lichtverschmutzung und Verschwendung von Elektrizität reduzieren" .....	391
○ Dringliches Postulat 20130116 "Aufbau einer Mobilitätszentrale" ..	391
• Finanzdirektion .....	392
○ Dringliche Motion 20160078 "Neuregelung Kompetenz für Projektierungskredite" .....	392
• Direktion Soziales und Sicherheit .....	392
○ Postulat 20140051 "Dienstleistungen zu Gunsten Bevölkerung und Personal verbessern" .....	393
○ Dringliches überparteiliches Postulat 20140104 "Städtischer Cannabis-Pilot- versuch" .....	394
○ Dringliches überparteiliches Postulat 20160151 "Konzept Bieler Nachtleben" .....	395
• Direktion Bildung, Kultur und Sport .....	395
• Direktion Bau, Energie und Umwelt .....	395
144. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180254 "Mehrweggeschirr – wann wird die Verordnung endlich angewendet?" und .....	396
145. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180255 "Verkehrssituation am «Big Bang»" .....	396
146. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180253 "Beschränkung von E-Bike-Sharing-Plattformen" .....	396
147. Interpellation 20170395, Joël Zumstein, SVP, «Abrechnung Kredite» .....	397
148. Postulat 20170386, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, «Ist die Rekrutierungsstrategie der Stadt Biel fair?» .....	397
149. Interpellation 20170396, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, «Wie nehmen die Gemeinderäte ihre individuelle Führungsaufgabe wahr?» .....	399
150. Postulat 20170388, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Kein künstlicher Stau auf den Bieler Verkehrsachsen!» .....	399
151. Interpellation 20170392, Reto Gugger, BDP, «Was geschieht mit dem Gelände des Schulhauses Dufour?» .....	404
152. Postulat 20170390, Myriam Roth, Fraktion Grüne, «Die Schulwege sichern, indem sie sichtbar gemacht werden» .....	404

153. Postulat 20170389, Myriam Roth, Fraktion Grüne, «Schulwegpläne» .....	405
154. Interpellation 20170354, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Handlungsspielraum Abwartpersonal bei Kleinreparaturen in Schulhäusern» .....	410
155. Interpellation 20170394, Veronika Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Leinenpflicht für Hunde in der Innenstadt und in unmittelbarer Nähe der Schulareale» .....	411
156. Motion 20170384, Roland Gurtner und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Einführung von Bürgerkonferenzen mit per Los bestimmten Teilnehmenden» .....	411
157. Dringliches Postulat 20180090, Martin Scherrer, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Verlegung der Robert-Walser-Sculpture (Plastikausstellung) auf die Esplanade» .....	412
158. Dringliche Interpellation 20180092, Muriel Günther, SP, Levin Koller, JUSO, Miro Meyer, JUSO, «Diskriminierung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität in Biel?» .....	416
159. Überparteiliches Postulat 20170385, Patrick Widmer, SVP, Leonhard Cadetg, FDP, «Braucht es die Fachstelle Integration noch?» .....	417
• Ordnungsantrag .....	418
160. Neueingänge .....	420

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung. Ich hoffe, Sie haben schöne Ferien verbracht, den Sommer genossen und sind wohlgenährt und erholt zurück.

Speziell begrüße ich zwei neue Stadratsmitglieder: Anstelle der auf Ende Juni zurückgetretenen Michelle Beriger ist Daniela de Maddalena neu im Stadtrat. Für Peter Moser ist Thomas Strässler nachgerückt. Ich heisse Sie im Stadtrat herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Freude bei der Ausübung Ihres Amtes. (*Applaus*)

Auf Ihren Tischen liegen folgende Dokumente auf:

- Jahresbericht 2017 «Théâtre de la Grenouille»
- Geschäftsbericht 2017 «Spitalzentrum»
- Einladung zur Feier des 111-jährigen Bestehens des Personalverbandes der Stadt Biel (PVBB).

Beim Weibel liegt folgende Unterlage auf:

- Flyer «Für alle da. Proche de chez moi.» vom Spitalzentrum

### 136. Genehmigung der Traktandenliste

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Bevor wir das Traktandum «Ersatzwahl in die deutschsprachige Schulkommission» behandeln, wird die Fraktion SP/JUSO eine Fraktionserklärung abgeben.

Bei der Nummerierung der Reihenfolge zum Traktandum 20180014 «erheblich erklärte Motionen und Postulate - Zweijahresfrist / Fristverlängerung bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates» hat sich ein Fehler eingeschlichen. Statt Punkt 9.1, 9.2, usw. sollte es 8.1, 8.2 usw. heissen. Ferner wird die Interpellation 20170355 «"Nuit blanches" - glänzende Idee» auf die Sitzung am 17./18. Oktober 2018 verschoben. Die Interpellation 20170395 «Abrechnung Kredite» wird vorgezogen, da deren Urheber, Joël Zumstein morgen nicht anwesend sein kann. Dieser Punkt wird als erstes Traktandum der Überträge behandelt.

Herr Wiher hat nun eine Bemerkung zur Traktandenliste.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Ich habe zwei Anmerkungen. Die Fraktion GLP hat festgestellt, dass die Überträge auf der Traktandenliste ziemlich durcheinander aufgelistet sind. Ich hoffe, das bleibt ein einmaliges Versehen, weil die Neueinordnung ein bisschen mühsam war. Könnte in Zukunft die Reihenfolge wie ursprünglich aufgelistet belassen werden?

Die zweite Anmerkung betrifft die Ersatzwahlen zu den Traktanden Ersatzwahl Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO) und «Ersatzwahl interkommunale Kommission AGGLOlac». Zum Traktandum «Ersatzwahl in die deutschsprachige Schulkommission» haben wir einen Wahlvorschlag erhalten. Für die Ersatzwahlen in die Spezialkommission RSO und AGGLOlac lagen der Fraktion GLP zu ihrem Bedauern jedoch keine Vorschläge vor. Die Fraktion GLP wird künftig

beantragen, Wahlen oder Ersatzwahlen zu verschieben, wenn bis zur Fraktionssitzung keine Vorschläge vorliegen. Für dieses Mal unterstützt die Fraktion GLP aber die Ersatzwahlen. Wir wären aber in Zukunft dankbar, wenn die Vorschläge bis zur Fraktionssitzung vorliegen. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Was die Reihenfolge der Überträge betrifft, ist die Auflistung nicht fehlerhaft, sondern nach Inhalten erfolgt. Das ist der Grund für die geänderte Reihenfolge. In Zukunft wird das bereits bei der Sitzungsplanung so gehandhabt werden. Damit fällt eine neue Reihenfolge der Überträge künftig weg. Herr Wiher, die Wahlvorschläge werden möglicherweise jeweils erst an der Fraktionssitzung diskutiert und liegen deshalb noch nicht vor.

Die Traktandenliste wird mit den Änderungen **genehmigt**.

### **137. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Andreas Sutter gehört neu der FDP und somit auch der Fraktion FDP an. Das hat zur Folge, dass sich die Fraktion EVP/BDP aufgelöst hat. Reto Gugger, als Mitglied der BDP, hat sich der Fraktion FDP angeschlossen. Bei der Fraktion SVP/Die Eidgenossen übernimmt ab sofort Sandra Schneider das Präsidium von Pascal Fischer. Luca Francescutto ist neu Vizepräsident der Fraktion.

### **Fraktionserklärung SP/JUSO**

**Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO:** Während wir unsere Ferien verbracht haben, ereignete sich nicht weit von uns eine humanitäre Katastrophe. Immer wieder gab es einzelne Meldungen von Schiffsbrüchen mit traumatisierten oder ertrunkenen Menschen, die, in der Hoffnung auf einen Neuanfang, vor Krieg und Gewalt flohen. Ich weiss nicht wie es Ihnen beim Lesen dieser Berichte geht - mir ist bewusst, dass ich als linke Politikerin für diese Thematik ein besonderes Augenmerk habe - aber was im Moment passiert müsste jede/n einzelne/n hier erschüttern... Hinzu kommt, dass der politische Diskurs und die EU auf eine Abgrenzungs- und Abschottungspolitik hinarbeiten. Sie gehen sogar so weit, Seenotrettung zu kriminalisieren. Was in unseren Augen Leben rettet und somit eine Heldinnenstatue ist, wird bestraft! In was für einer Welt leben wir eigentlich? Wollen wir dies einfach so tolerieren? Eine Klassierung von Menschenleben danach, welches mehr zählt, ist strikt zu verurteilen. Welches Leben ist mehr wert? Eines, das hier geboren wurde oder eines, das andernorts geboren wurde? Wieso würden wir jemanden der hier geboren wurde jederzeit retten, während andere dies nicht verdient hätten? Ich könnte auch auf die Fluchtursachen zu sprechen kommen: Wer genau ist mitverantwortlich, dass die Rohstoffe ausgehen, die Lebensgrundlagen an vielen Orten der Welt ausgerottet werden und wer ist mitverantwortlich für den Krieg? Sicher nicht die Frauen und Kinder, welche im Mittelmeer ertrinken! Klar kann gesagt werden: «Was wollen wir als kleine Lokalpolitiker/innen schon bewirken?» Aber genau mit dieser Passivität, ebnen wir den Weg für die blinde und menschenverachtende Politik! Politiker wie Seehofer, Salvini und Kurz nutzen die Not der Menschen aus, um ihre Machtkämpfe auszutragen und

treten damit internationale Menschenrechte mit Füßen. Das ist unerträglich und widerwärtig! Sagt niemand stopp, dies sind nicht die Werte unseres Europas oder meinetwegen unserer Schweiz? Tun wir uns zusammen und prägen den Diskurs, indem wir mit erhobener Stimme sagen: «Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Migration ist und war schon immer Teil unserer Gesellschaft! Statt die Grenzen zu schliessen, brauchen wir ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen.»

Deswegen wird heute auch ein Postulat eingereicht (20180257 «Aufnahme von Bootsflüchtlingen»)! Zusammen mit der PdA, den Grünen, der Juso und der SP machen wir uns für die Aufnahme von Bootsflüchtlingen stark und fordern den Gemeinderat auf, es uns gleichzutun! Am 30. August 2018 wird es eine Mahnwache geben. Ich freue mich, Sie dort anzutreffen. Bleiben wir nicht stumm!

### **138. Ersatzwahl in die deutschsprachige Schulkommission**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die Fraktion SP/JUSO schlägt als Nachfolgerin von Ibrahim Abdelrahman Daniela Hess für die deutschsprachige Schulkommission vor.

#### **Wahl**

auf Vorschlag der Fraktion SP/JUSO wird gewählt:

**Daniela Hess (SP)**

### **139. Ersatzwahl in die Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO)**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die Fraktion Grüne schlägt als Nachfolger von Michèle Beriger Urs Scheuss als Mitglied der Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO) vor.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Frau Beriger ist auf eigenen Wunsch, aus dem Stadtrat und damit auch aus der Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO) ausgeschieden. Deshalb findet heute die Ersatzwahl für den Sitz der Grünen in der Spezialkommission RSO statt. Aufgrund der kurzen Fristen war eine frühere Meldung des Nachfolgers nicht möglich. Ich freue mich aber, Ihnen heute Urs Scheuss vorschlagen zu können. Ihn muss ich Ihnen nicht gross vorstellen. Als Politologe und als sich in verschiedenen NGOs in der Stadt Biel engagierter langjähriger Stadtrat ist er bestens für die Nachfolge von Michèle Beriger qualifiziert. Ich danke Ihnen im Voraus für die Unterstützung seiner Kandidatur.

## Wahl

auf Vorschlag der Fraktion Grüne wird gewählt:

### Urs Scheuss (Grüne)

#### 140. Ersatzwahl in die interkommunale Kommission AGGLOlac

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die Fraktion FDP schlägt als Nachfolger von Peter Moser Thomas Strässler als Mitglied der interkommunalen Kommission AGGLOlac vor.

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP:** Herr Strässler ist zwar neu im Stadtrat, durch seine berufliche und frühere politische Tätigkeit war er jedoch bereits mit dem Thema AGGLOlac konfrontiert. Als Architekt ist er mit dem Thema vertraut und dadurch für die geplante Überbauung bestens versiert. Ich denke, er wird die Fraktion FDP in der interkommunalen Kommission AGGLOlac sehr gut vertreten. Die Fraktion FDP dankt für Ihre Unterstützung.

**Schneider Veronika, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen schlägt Ihnen Olivier Waechter als neues Mitglied der interkommunalen Kommission AGGLOlac vor. Er wohnt in der Nähe des AGGLOlac-Gebietes, ist Mitglied des AGGLOlac-Komitees und kennt das Dossier bereits heute sehr gut. Ich denke, in der momentanen Projektphase ist die Wahl von jemandem, der das Dossier kennt und eine kritische Meinung dazu vertritt, vorteilhaft. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beansprucht den freien Sitz, weil sie erst einmal in der Kommission vertreten war. Die Fraktion FDP hingegen ist demgegenüber in der Kommission AGGLOlac übervertreten. Ausserdem stellt die Fraktion SVP/Die Eidgenossen bereits seit zwei Jahren kein Kommissionsmitglied mehr. Deshalb bitte ich Sie, die Wahl von Olivier Waechter zu unterstützen.

**Scheuss Urs, Fraktion Grüne:** Liebe KollegInnen, vielen Dank für meine Wahl in die Spezialkommission «Totalrevision Stadtordnung» (RSO). Die Fraktion Grüne wird die Kandidatur der Fraktion FDP für die interkommunale Kommission AGGLOlac unterstützen. Aktuell setzt sich die Bieler Delegation aus vier Mitgliedern, davon drei mit eher kritischen Positionen, zusammen. Ich denke, ein Vertreter, der hinter diesem Projekt steht würde der Kommission guttun.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Da zwei Kandidaturen zur Wahl stehen, wird schriftlich abgestimmt. Die Stimmzähler verteilen jetzt die Wahlzettel. Ich bitte Sie, einen der beiden Namen auf dem Wahlzettel anzukreuzen. Die Resultate werden anschliessend ausgezählt und später bekanntgegeben.

## 141. 20180156 Leistungscontrolling 2017 Parking Biel AG

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die GPK verzichtet auf eine Wortmeldung, damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden.

**Frank Lena, Fraktion Grüne:** Beim Durchlesen des Berichts zum Leistungscontrolling der Parking Biel AG fällt auf, dass dieser stark auf die Finanzen ausgerichtet ist. Andere Aspekte werden im Geschäftsbericht nur oberflächlich gestreift. Für die Fraktion Grüne haben sich während der Diskussion daher ein paar Fragen gestellt, die Frau Finanzdirektorin Steidle vorgängig bereits erhalten hat. Aus dem Bericht lässt sich nur monetär erahnen, wie die wirkliche Auslastung der Parkhäuser aussieht. Aufgezeigt wird, um wieviel Prozent die Auslastung gesteigert werden konnte aber nicht, wieviel sie effektiv beträgt. Ebenfalls interessiert die Fraktion Grüne, was die Stadt unternimmt um die Nutzung der Parkhäuser zu steigern. Werden Oberflächenparkplätze abgebaut um eine Konzentration auf die Parkhäuser zu erwirken? Aus dem Bericht geht ausserdem hervor, dass der Pachtvertrag der Apcoa AG Ende 2019 ausläuft. Wie sieht das weitere Vorgehen aus? Ich nehme an, die Verträge werden ausgeschrieben oder ist als Option die Verwaltung durch die Stadt selber vorgesehen? Als Letztes stellt sich die Frage zur Velostation am Bahnhof. Offenbar wird diese ebenfalls von der Apcoa betrieben. Was sind die Gründe für die rückläufige Nutzung und was wird unternommen um das Angebot attraktiver zu gestalten? Zum Schluss noch eine grundsätzliche Überlegung: Die Bevölkerung hat entschieden, dass drei Parkhäuser für die Innenstadt gebaut werden. Klar ist, dass diese Bauten erst amortisiert und anschliessend genügend Erträge abwerfen müssen. Bestrebungen, die Parkgebühren zu senken sind deshalb unangebracht und nicht zielführend. Natürlich muss die Auslastung steigen. Für eine Erhöhung der Auslastung in den Parkhäusern sind aber in erster Linie Alternativen, wie beispielsweise Oberflächenparkplätze, zu reduzieren.

**Suter Daniel, au nom du Groupe PRR:** Selon le Règlement du 22 février 2001 concernant la société Parking Bienne S.A. (RDCo 761.6), le mandat de cette dernière porte sur l'exploitation et la gestion des parkings de la Gare, de la Vieille ville et du Palais des Congrès. Ce mandat s'inscrit dans les objectifs du Règlement du 21 mai 2000 sur les places de stationnement (RDCo 761.5), qui a pour but d'optimiser l'offre en place de stationnement pour les véhicules à moteur sur le territoire communal de Bienne de manière à ce que l'offre:

- présente une grande qualité pour les usagers et usagères,
- soit harmonisée avec les besoins du trafic en général et avec ceux des autres usagers et usagères de la route,
- mette la Ville en valeur et renforce son attrait, contribuant ainsi à accroître la qualité de vie.

L'attractivité du Centre-ville comme lieu de rencontre, comme centre commercial et culturel: tel est en un mot le mandat de la société Parking Bienne S.A. La progression de fréquentation dont fait état le rapport de gestion 2017 pour les trois parkings est à cet égard, une bonne nouvelle. Cette progression est modérée pour le Parking de la Gare, mais plus importante pour ceux de la Vieille ville et du Palais des Congrès, mis en fonction récemment. Finalement cette progression se reflète aussi dans le résultat financier, qui après amortissement fait état d'un bénéfice de 209'032 fr. Il faut toutefois noter que le parc immobilier de 41'300'096 fr., selon le bilan, n'est amorti qu'à 1.7% alors que les bâtiments le sont en général à 3 ou 4% selon MCH2 (modèle comptable harmonisé), ce qui relativise le bénéfice présenté. Ici comme ailleurs, en Ville de Bienne



les comptes présentés sont marqués par un important endettement. En effet, les fonds propres de 7'461'229 fr. font face à 39'064'664 fr. de capitaux de tiers dont des prêts de la Ville de Bienne de 23'600'000 fr., dette qu'il faudra bien rembourser avec le temps. Or, ici comme ailleurs sous l'aspect de l'attractivité de l'offre, les revenus de la société Parking SA ne sont pas gonflables à volonté, si ce n'est par une augmentation de la fréquentation des 1'100 places de stationnement à disposition des visiteurs. Le défi consiste désormais à commercialiser de manière optimale ces 1'100 places de stationnement conformément aux besoins de la clientèle de la Ville de Bienne en qualité de propriétaire. La tendance, qui consisterait à supprimer des places de stationnement en surface afin de remplir les parkings par des riverains obligés à louer des places, ne peut en aucun cas être la solution. En outre, le bail à ferme avec la société APCOA S.A. arrive à échéance en 2019. C'est donc l'occasion de se poser la question de la suite à donner à ce mandat. Pour ce faire, il faudrait d'abord connaître les bases contractuelles sur lesquelles la relation entre la société Parking S.A. et APCOA S.A est construite ainsi que les coûts financiers. Le rapport permet à peine de deviner ces aspects. En conclusion, le Groupe PRR prend simplement connaissance du rapport en constatant que la société Parking S.A. évolue globalement dans le bon sens et nous encourageons les personnes responsables à poursuivre leurs efforts pour une offre attractive de places de stationnement en Ville de Bienne.

**Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Vu les résultats positifs indiqués dans le rapport le Groupe UDC/Les Confédérés se réjouit de constater que les parkings biennois se portent plutôt bien et espère que cela continuera ainsi. Il serait bien de souligner que les automobilistes étant de moins en moins les bienvenus au centre-ville, cela devrait bien évidemment avoir un impact négatif sur le revenu futur de ces parkings et logiquement aboutir à des pertes du chiffre d'affaires. Les points importants suivants sont à relever:

- Le bénéficiaire est-il réinvesti pour réduire la dette afin de pouvoir par la suite arriver à des réductions du tarif des parkings?
- Les systèmes de guidage des parkings sont à revoir car ils ne fonctionnent pas bien et donnent de fausses indications des places disponibles.
- Est-ce que la stratégie de la Ville de Bienne est de tout diriger dans les parkings souterrains et de réduire fortement les places de stationnement à l'extérieur dans la Ville?

Le Groupe UDC/Les Confédérés remercie la société APCOA S.A. pour leur bonne gestion et lui souhaite plein succès pour les années à venir.

**Bohnenblust Peter, Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP nimmt vom Bericht des Gemeinderats Kenntnis und hat drei Bemerkungen dazu:

1. Im Schlusssatz unter Punkt 5 des Berichts steht: «Die Parking Biel AG erachtet das Grundkonzept für die konzentrierten Parkieranlagen im Stadtzentrum Biel als abgeschlossen.» Müsste hier nicht erwähnt werden, dass das ursprüngliche Konzept gemeint ist, weil in anderen Konzepten weitere Parkhäuser vorgesehen waren?
2. Für das Parking Rüschi oder Museen, wie es heute heisst, ist eine Ausschreibung geplant. Wird überlegt, dieses Parkhaus mit den anderen drei zusammen auszuschreiben damit eine Vermietung «aus einer Hand» möglich wäre?
3. Damit die Parkhäuser besser ausgelastet sind, wurde ein teures Parkleitsystem angeschafft. Seit Monaten funktioniert dieses jedoch nicht mehr richtig und liefert

falsche Daten. Warum ist das System so lange ausser Betrieb und wann funktionieren es wieder? Wer ist dafür zuständig?

**Francescutto Luca, UDC:** Je souhaitais juste ajouter que la somme de 80'000 fr. investie dans le parc à bestiaux (pour ne pas être malhonnête, l'oeuvre d'art « Texas »), aurait pu être investie afin de sécuriser le Parking du Palais des Congrès. En effet, depuis son ouverture, pour les habitués de ce parking, il existe un automate (à droite des portes en verre) où l'on devrait pouvoir insérer la carte du parking afin de le sécuriser durant la nuit, comme cela est déjà le cas au Parking Manor ou dans les parkings de la ville de Berne. Toutefois, cette installation n'est pas en service et tout le monde peut donc se rendre à l'intérieur du Parking du Palais des Congrès pendant toute la nuit.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je remercie les membres du Conseil de ville pour la lecture attentive du rapport de gestion et pour les propositions d'amélioration. Je les ai notées et il en sera tenu compte dans l'élaboration des prochains rapports de gestion. Il est vrai que ce rapport n'a pas fondamentalement changé en 15 ans et il est certainement temps de revoir quelque peu sa présentation. De plus, comme vous l'avez dit, Madame Frank, le contrat de bail à ferme avec la société APCOA S.A. est valide jusqu'à fin 2019. Pour revoir la future forme concernant l'exploitation des parkings après 2019, il est vrai qu'il faudra à nouveau procéder à un appel d'offres. Toutefois, l'exploitation par la Ville de Bienne, respectivement une organisation de la Ville est tout à fait envisageable. Une évaluation des risques et chances d'une exploitation par nos propres services sera aussi effectuée. Comme vous l'avez souligné, Monsieur Bohnenblust, le Parking du Rüschi, même s'il n'appartient pas à la Ville est actuellement exploité par la Direction de l'action sociale et de la sécurité (DSS), qui a de l'expérience dans la gérance d'un parking. Concernant la promotion, différentes actions assez importantes sont menées: le ticket combiné parking/bus, les bornes électriques de recharge, les paiements facilités. Monsieur Francescutto, je vous remercie pour vos remarques concernant la sécurité, qui est extrêmement importante. L'occupation des parkings en pourcentage est une information qui n'existe pas étant donné que c'est le résultat d'exploitation, qui est important pour la société Parking Bienne S.A. C'est aussi en fonction de ce résultat que la Ville touche une rémunération de la société APCOA S.A. mais là encore cette information sur l'occupation des parkings pourrait, à l'avenir, figurer dans le rapport de gestion. Une évaluation va devoir être faite afin de définir la manière d'obtenir ce pourcentage. Il serait peut-être possible de réfléchir à la reprogrammation des systèmes de barrières. En voyant les chiffres annuels on peut dire, de manière globale, que le Parking de la Gare arrive au maximum des potentiels d'exploitation. Le Parking de la Vieille Ville, après un début difficile, connaît un développement réjouissant et le parking du Palais des Congrès, également. Malheureusement, je n'ai pas de détails sur les chiffres absolus à vous donner à l'heure actuelle. L'utilisation de la station-vélo, pour donner réponse à votre dernière question Madame Frank, est en augmentation. Les efforts publicitaires ont été poursuivis en faveur de la station. Chaque nouvel arrivant ou nouvelle arrivante à Bienne reçoit en cadeau un billet valable un mois. Grâce aux révisions et aux investissements le transfert au financement spécial est moindre, cette année. J'ai également pris note des informations et corrections demandées en ce qui concerne le nombre de places de stationnement libres dans les parkings. Je vous remercie de prendre connaissance du rapport du Conseil municipal et je veillerai à répondre à vos questions dans les prochains rapports de gestion.

**Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel, gestützt auf Art. 9 des Reglements für die Parking Biel AG SGR 761.6 **beschliesst:**

Vom Leistungscontrolling 2017 der Parking Biel AG wird **Kenntnis genommen.**

**140. Ersatzwahl in die interkommunale Kommission AGGLOlac (Fortsetzung)**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Ich gebe das Resultat der Ersatzwahl für die interkommunale Kommission AGGLOlac bekannt.

**Abstimmung****Wahl**

Verteilte Wahlzettel	48
Eingegangene Wahlzettel	48
Leer oder ungültig	6
Gültig	42
Absolutes Mehr	22
Stimmen haben erhalten:	
Thomas Strässler (FDP)	21
Olivier Waechter (UDC)	21

Gemäss Art. 61 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrats (SGR 151.21) zieht bei Stimmengleichheit die Präsidentin das Los.

Gewählt ist Olivier Waechter (UDC).

**142. 20180201 Solothurnstrasse 154/156: Verlängerung des Baurechtes auf Biel-Grundbuchblatt Nr. 8727 mit der Firma HR-Holding AG**

**Wending Cécile, GPK:** Im vorliegenden Geschäft geht es um die Verlängerung des Baurechtes mit der HR-Holding AG an der Solothurnstrasse 154-156. Konkret wird dem Stadtrat der Baurechtsvertrag mit einem neuen Nachtrag vorgelegt. Der Stadtrat muss nun beschliessen, ob er diesen Konditionen zustimmen kann. Die GPK hat die einzelnen Aspekte des Baurechtes in diesem Fall geprüft und kleine formelle Korrekturen veranlasst. Zu den wesentlichen Aspekten holte die GPK von der Finanzdirektorin weitergehende Erläuterungen ein. So konnte in Erfahrung gebracht werden, dass die notwendigen und möglichen Überprüfungen der Vertragspartnerin,

HR-Holding AG, insbesondere zur Sicherung des Baurechtszinseszinses, vorgenommen wurden. Auch bezüglich einer zukünftigen Übertragung des Baurechts wurde die Kontrolle zugesichert. Die HR-Holding AG vermietet die Liegenschaften und gewährleistet dadurch Arbeitsplätze, wie von der Stadt gefordert. Die langfristige Planung, insbesondere die Synchronisierung der Baurechte im ganzen Gebiet ist gewährleistet. Ein grösseres konkretes Projekt ist auf diesem Gelände aber langfristig nicht geplant. Die spezielle Kündigungsoption von 30 Jahren, die von der HR-Holding AG eingebracht wurde, erachtet die GPK angesichts der tieferen Heimfallentschädigung als vertretbar. Der Landwert von CHF 250/m<sup>2</sup> entspricht der aktuellen Höhe für Baurechte im Bözigenfeld. Gemäss der Finanzdirektion entspricht dies, ganz im Sinne der Wirtschaftsförderung, der aktuellen Praxis der Stadt. Einzig Baurechte im Bereich Sport sind deutlich tiefer angesetzt. Durch die Vereinheitlichung der Baurechte ist den Unternehmen bekannt, mit was sie zu rechnen haben. Lobend zu erwähnen ist auch die neue Praxis, gemäss welcher der Zinssatz des Baurechts entsprechend dem Landwert alle fünf Jahre dem Landesindex der Konsumentenpreise angepasst werden kann. Aus Sicht der Stadtfinanzen ist dieser Umstand sicher vorteilhaft. Aufgrund dieser Abklärungen unterstützt die GPK die Verlängerung des Baurechts wie vom Gemeinderat beantragt. Der von der GPK eingebrachte Änderungsantrag bezieht sich nur auf eine Präzisierung im Beschlussesentwurf. Die GPK beantragt, im Beschlussesentwurf Ziff. 4 zu ergänzen: "*Der anfängliche Zinssatz wird auf 2,75% festgesetzt, ...*" Es geht darum, dass gemäss Baurechtsvertrag der Zinssatz später allenfalls einen neuen Minimalwert von 3,5% erreichen könnte. Im Beschluss wäre dies damit korrekt festgehalten und mit dieser Formulierung kompatibel mit den bisherigen Beschlüssen. Die GPK empfiehlt deshalb, unter Berücksichtigung des Änderungsantrags, die Verlängerung des Baurechts zu genehmigen.

**Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO steht hinter der Verlängerung dieses Baurechts. Die Kündigungsmöglichkeit nach 30 Jahren finden wir in Ordnung. Die Fraktion fragt sich aber, ob die Sicherheitsleistung von CHF 315'000 im Fall eines Konkurses der HR-Holding ausreicht. Vielleicht kann die Finanzdirektorin unsere Bedenken zerstreuen? Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Änderungsantrag der GPK.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne betrachtet die Abgabe von Land im Baurecht für CHF 250/m<sup>2</sup> kritisch. Kürzlich wurde für ein anderes Projekt ebenfalls ein Preis von CHF 250/m<sup>2</sup> vereinbart. Anlässlich der letzten Stadtratssitzung wurde allerdings das Baurecht an die Wohnbaugenossenschaft WOBE für CHF 781.80/m<sup>2</sup> vergeben. Die Fraktion fragt sich deshalb, ob die Höhe der Bemessungsgrundlage im vorliegenden Geschäft rechtens und sinnvoll ist. Grundsätzlich befürwortet die Fraktion Grüne die Abgabe von Land im Baurecht. Der Landwert in diesem Perimeter beträgt CHF 400/m<sup>2</sup>. Das heisst, dass als Basis für den Verkauf von Land im Baurecht von 62,5% ausgegangen wird. Im Wohnungsbau wird dagegen ein Ausgangswert von 78% vom eigentlichen Landwert angenommen, wie die Abteilung Liegenschaften erklärte. Diesen deutlich höheren Ausgangswert stellt die Fraktion Grüne in Frage. Ist eine solch starke Begünstigung von Land für Gewerbezwecke gegenüber Land für den Wohnungsbau sinnvoll? Immerhin wurde eine Initiative überwiesen, die verlangt, dass die Stadt den genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern soll. Die Fraktion Grüne dankt der Finanzdirektorin für die

raschen Antworten. Die Fraktion Grüne stimmt dem Geschäft zu, behält sich jedoch vor, diese Politik zu hinterfragen.

**Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP empfiehlt, dem Beschlussesentwurf zu folgen. Dazu habe ich aber noch ein paar kleine Bemerkungen: Wie bereits mein Vorredner ausgeführt hat, stellte sich auch in der Fraktion FDP die Frage nach der Bemessung des Landwertes. Nach entsprechende Rückfragen, konnten wir überzeugt werden, dass der Preis richtig berechnet ist und der gängigen Praxis entspricht. Bis zu einem gewissen Grad wird die Wirtschaft gefördert. Die Liegenschaft ist aber auch vermietet an Bewohnende, die zu einem grossen Teil in Biel Steuern zahlen dürften. Dasselbe gilt aber auch für Wohnbaugenossenschaften. Ich persönlich bin der Auffassung, dass der Preisgestaltung in Zukunft vermehrt Rechnung getragen werden sollte. Im Übrigen ist der Vertrag korrekt. Die Stadt Biel hat anscheinend bezüglich der Altlasten etwas gelernt. Ich finde - im Gegensatz zu meinem Vorredner - dass dem in der Vereinbarung ausreichend Rechnung getragen wurde. Das Leben birgt Risiken und ein Konkurs der Vertragspartnerin, HR-Holding AG, könnte für die Stadt unter Umständen ein Problem darstellen. Bei der Beurteilung immer vom schlimmstmöglichen Fall auszugehen, erweist sich aber oft als unnötiger Hemmschuh. Bref, die Fraktion FDP unterstützt dem Änderungsantrag der GPK.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je souhaite tout d'abord remercier la porte-parole de la Commission de gestion (CDG), qui a expliqué cette affaire de manière très complète. C'est une bonne affaire pour la Ville de Bienne car elle permet de réaliser un gain comptable de 2'745'470 fr. mais aussi d'assurer une rente de droit de superficie de plus de 100'000 fr. par année dans le but d'assurer une relation contractuelle avec un partenaire, qui a toujours fait face à ses obligations. Cette relation dure depuis des années. Monsieur Steinmann, on ne peut jamais obtenir une assurance à 100% que le montant de 315'000 fr. suffirait pour assurer l'ensemble de l'assainissement, en cas de faillite de la société HR-Holding AG. Toutefois, selon le contrat de droit de superficie, la Ville pourrait utiliser le montant mis en réserve pour le paiement du droit de superficie, mais nous ne partons pas du principe que cette entreprise va faire faillite. Comme je l'ai dit cela fait plus de 60 ans qu'elle fait face à ses obligations vis-à-vis de la Ville. C'est pour cela que je pars du principe que cela sera également le cas à l'avenir. Pour revenir au prix du terrain, Monsieur Grupp, les 250 fr./m<sup>2</sup> est un prix usuel pour du terrain octroyé en droit de superficie aux Champs-de-Boujean. Cette valeur est adaptée à l'indice national des prix à la consommation tous les cinq ans et les taux d'intérêts sont aussi adaptés jusqu'à ce que le taux de 3,5% soit atteint. Cependant, une réévaluation des prix a du sens, afin de confirmer que la somme de 250 fr./m<sup>2</sup> est le "benchmark" ou pour indiquer les prix pratiqués dans d'autres villes. À Bienne, les conditions sont très bonnes et même si c'est sous la forme de la promotion économique, il faut aussi pouvoir le dire. Une évaluation des prix du terrain est actuellement en cours. Le Conseil municipal pourra, dans le cadre des prochaines affaires, également en tenir compte ou du moins avoir des informations sur cette question. Actuellement la reprise du terrain n'a pas de sens, que ce soit d'un point de vue financier ou selon les besoins de développement de la Ville. Dans 30 ans, la situation sera sans doute différente et c'est pourquoi nous vous remercions d'accepter le projet d'arrêté. Le Conseil municipal soutient la demande de la CDG d'ajouter le mot "initial" au point 4 du projet d'arrêté.

## Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichtes des Gemeinderates vom 20. Juni 2018, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. c in Verbindung mit Art. 14 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), vorbehältlich **des fakultativen Referendums**:

1. Die Einwohnergemeinde Biel verlängert das Baurecht Biel-Grundbuchblatt Nr. 8727 gemäss Baurechtsvertrag vom 25. Juli 2017/ Ergänzung vom 10. April 2018 mit einem Halt von
2. 15'294m<sup>2</sup> um 60 Jahre bis zum 31. 12. 2078. Der Vertrag wird mit einer einmaligen Kündigungsoption der Baurechtsberechtigten auf den 31. Dezember 2048 ausgestaltet.
3. Der Landwert beträgt CHF 250.00 pro m<sup>2</sup> und der neue Kapitalwert CHF 3'823'500.00.
4. Der Buchgewinn von CHF 2'745'470.00 wird dem Konto 29300.2200 Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens gutgeschrieben.
5. Der anfängliche Zinssatz wird auf 2.75% festgesetzt, was einem kapitalisierten Baurechtszins von CHF 105'146.25 pro Jahr entspricht.
6. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

### **143. Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Wir kommen zu den Fristverlängerungen beziehungsweise Abschreibungen der erheblich erklärten parlamentarischen Vorstösse. Zuerst wird die GPK zu den Anträgen der jeweiligen Direktion sprechen. Anschliessend wird jeder Vorstoss separat behandelt.

### **Präsidialdirektion**

1. Motion 20090138 Daphné Rüfenacht / Fristverlängerung
2. Postulat 20110342 Fritz Freuler / Abschreibung
3. Postulat 20120043 Peter Moser und Stefan Kaufmann / Abschreibung
4. Postulat 20120048 Roland Gurtner / Fristverlängerung
5. Überparteiliches Postulat 20120338 Werner Hadorn, Peter Moser, Martin Wiederkehr / Abschreibung
6. Dringliches Postulat 20130116 Roland Gurtner / Fristverlängerung
7. Überparteiliches Postulat 20130120 Max Wiher, Pablo Donzé, Dana Augsburger-Brom, Andreas Sutter / Fristverlängerung
8. Postulat 20140048 Urs Känzig / Fristverlängerung
9. Postulat 20150377 Niklaus Baltzer / Fristverlängerung
10. Motion 201600030 Alfred Steinmann / Fristverlängerung

## 11. Postulat 20160059 Urs Känzig / Fristverlängerung

**Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion:** Je précise que je prends la parole pour les motions et postulats de la Mairie et non pour les autres directions. La Commission de gestion (CDG) a une proposition et une question à émettre. Pour la proposition, il s'agit du postulat 20120043 "Circulation intenable aux Champs-de-Boujean: mesures urgentes d'amélioration à court et moyen terme". Il est précisé plusieurs fois que la situation "*n'est toutefois toujours pas satisfaisante*" et les mots "*à court et à moyen terme*" sont aussi utilisés. Il est dit que les travaux de construction du nouveau passage sous l'autoroute A16 débiteront en décembre 2019, ce qui indique que cette affaire n'est pas encore close. Pour suivre ce que la CDG avait demandé il y a six mois et étant donné que les travaux sont encore en cours, ce postulat ne devrait pas être radié du rôle. **La CDG propose de prolonger le délai de réalisation du postulat 20120043 jusqu'à fin août 2020.**

La CDG a également une question en ce qui concerne le postulat 20130116 "Réalisation d'une centrale de mobilité". Dans sa réponse, le Conseil municipal dit que divers éléments ont joué en défaveur de ce projet, en particulier le refus populaire en mars 2015 du projet de réaménagement de la place de la Gare. La question est: quels autres éléments? Aucune solution pérenne de financement n'a été trouvée mais le Conseil municipal demande de prolonger le postulat jusqu'à fin août 2020 alors qu'il semble que le projet tombe à l'eau! La CDG se demande donc pourquoi une prolongation de délai? Qu'est-il prévu de revoir? Le Conseil municipal a-t'il quelque chose de concret ou le délai est-il prolongé en espérant qu'un jour une solution soit trouvée? La Commission de gestion serait contente d'avoir une réponse à ce sujet.

**Postulat 20120043 "Unhaltbare Verkehrssituation im Bözingenfeld: dringliche kurz- und mittelfristige Verbesserungsmassnahmen"**

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Das Postulat 20120043 wurde im Jahr 2011 eingereicht und bezieht sich auf die Verkehrssituation vor dem A5-Ostast. Inzwischen liegt mit dem Ostast eine veränderte Ausgangslage vor. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass konkrete Forderungen auf die jetzige Situation bezogen in einem neuen Vorstoss eingebracht werden sollten. Die verkehrliche Situation ändert sich ausserdem mit jedem neu niedergelassenen Betrieb im Bözingenfeld. Aus diesen Gründen ist eine Fristverlängerung für diesen Vorstoss nicht gerechtfertigt. Die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) zum A5-Ostast sind umgesetzt, wenn auch die dazugehörigen gestalterischen noch nicht vollständig. Die Frist für diesen Vorstoss aber alleine aus diesem Grund zu verlängern, erachtet der Gemeinderat als nicht notwendig.

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP:** Das Postulat wurde tatsächlich im Jahr 2011 eingereicht. In der Zwischenzeit wurde aber nichts gemacht... Jetzt konnte der Ostast eröffnet werden und damit hat sich die Ausgangslage geändert. Ich denke nicht, dass eine Fristverlängerung um zwei Jahre etwas an der dortigen Situation ändern würde. Das Postulat kann demzufolge abgeschrieben werden. Falls sich die Situation im Bözingenfeld nicht bessert, muss ohnehin ein neuer Vorstoss eingereicht werden.

## **Abstimmung**

- über den Antrag der GPK für eine Fristverlängerung bis August 2020.

**Der Antrag wird abgelehnt und das Postulat somit als erfüllt abgeschrieben.**

### **Postulat 20120048 "Lichtverschmutzung und Verschwendung von Elektrizität reduzieren"**

**Sprenger Titus, Passerelle:** Die Begründung des Gemeinderats für die Fristverlängerung des vorliegenden Postulats ist irritierend. Er bezieht sich darin vorwiegend auf Leuchtreklamen. Ich erinnere den Gemeinderat daran, dass das Anliegen insgesamt drei Punkte umfasst, worunter auch die generelle Lichtverschmutzung. Ich will verhindern, dass mit der Annahme der Fristverlängerung in zwei Jahren nur auf einen Teil der Anliegen eingegangen wird. Insofern begrüsse ich die Fristverlängerung in der Hoffnung, dass alle drei Anliegen des Postulats erfüllt werden.

**Bohnenblust Peter, FDP:** Ist hierfür wirklich eine Fristverlängerung bis August 2020 notwendig? Der Gemeinderat schreibt, dass die Gesetzgebung über die Leuchtreklamen derzeit revidiert wird. Könnte die Erfüllungsfrist daher nicht verkürzt werden?

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Herr Sprenger, es wird an allen Anliegen des Postulats gearbeitet. Herr Bohnenblust, der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat eine Fristverlängerung bis 2020. Falls das Reglement früher vorliegen sollte, tant mieux.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

### **Dringliches Postulat 20130116 "Aufbau einer Mobilitätszentrale"**

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 761.8) beinhaltet die Umsetzung der sogenannten «Städteinitiative» (20120399, Volksinitiative Zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und des ÖV). Diese fordert Massnahmen zur Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs (MIV). Eine davon ist die Beratung von mobilitätsnachfragenden Personen, beispielsweise Neuzuziehende. Die Beratungstätigkeit durch die Gemeinwesen im Bereich der Mobilität ist für Agglomerationsprojekte zentral. Von besonderem Interesse ist das Rating, also die Qualifikation, die bestimmt, wie gross die Chancen für eine Subventionierung von Bund und Kanton sind. Mit Blick auf diese beiden Aspekte ist der Gemeinderat deshalb der Meinung, dass in Biel eine Mobilitätszentrale realisiert werden sollte. Ein Standort in Bahnhofsnähe oder allenfalls im Bözingenfeld wäre hierfür ideal. Der Gemeinderat sucht nach einer Lösung, weil er das Angebot in beiden erwähnten Punkte als notwendig erachtet. Frau Pittet, um Ihre Frage zu beantworten: Im Moment liegt kein konkretes Projekt vor.



## Finanzdirektion

1. Postulat 20120119 Cédric Némitz / Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20150378 Joël Haueter, Nathen Güntensperger, Reto Gugger, Stefan Kaufmann / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulat 20150379 Peter Bohnenblust, Reto Gugger / Fristverlängerung
4. Dringliche Motion 20160078 Peter Bohnenblust / Fristverlängerung
5. Überparteiliche Motion 20160111 Joël Haueter, Stefan Kaufmann, Nathan Güntensperger, Reto Gugger / Fristverlängerung

**Frank Lena, GPK:** Die GPK stellt bei der Finanzdirektion keine Anträge. Allerdings möchte sie eine allgemeine Bemerkung anbringen: Bei vielen Vorstössen wird als Begründung für die Fristverlängerung die Revision der Stadtordnung angeführt. Das ist korrekt. Die GPK wird sich mit einer Liste behelfen, um den Überblick über all diese Vorstösse nicht zu verlieren... Überdies rufe ich die Urhebenden auf, ihre Vorstösse im Auge zu behalten.

## Dringliche Motion 20160078 "Neuregelung Kompetenz für Projektierungskredite"

**Bohnenblust Peter, FDP:** Die GPK-Sprecherin hat vorhin bereits erwähnt, dass mehrheitlich für Vorstösse eine Fristverlängerung beantragt wird, die von der Revision der Stadtordnung tangiert werden. Mit der Umsetzung des oben erwähnten Anliegens hätte bereits begonnen werden können. Die Motion im Rahmen der Berichterstattung zur Totalrevision der Stadtordnung zu beantworten, wie der Gemeinderat schreibt, ist daher falsch, denn der Vorstoss wurde bereits beantwortet und erheblich erklärt!

## Direktion Soziales und Sicherheit

1. Dringliches Postulat 20120230 Max Wiher / Fristverlängerung
2. Postulat 20140051 Daniel Hügli / Abschreibung
3. Postulat 20140081 Hanspeter Habegger / Fristverlängerung
4. Dringliches überparteiliches Postulat 20140104 / Abschreibung
5. Dringliches überparteiliches Postulat 20160151 / Abschreibung

**Tanner Anna, GPK:** Die GPK hat auch den Bericht der Direktion Soziales und Sicherheit geprüft und hat einige Anmerkungen und Änderungsanträge.

Zu Postulat 20140051 «Dienstleistungen zu Gunsten Bevölkerung und Personal verbessern» schreibt der Gemeinderat: *"In der sich aktuell in der Umsetzung befindenden Reorganisation werden laufend weitere Verbesserungen gemäss dem erarbeiteten Massnahmenkatalog realisiert,..."*. Dies deutet auf einen laufenden noch nicht abgeschlossenen Prozess hin. Demzufolge kann der Vorstoss noch nicht abgeschrieben werden. Es ist allgemein bekannt, dass schweizerische Staatsbürger bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste gut bedient werden. AusländerInnen müssen jedoch mit langen Wartezeiten rechnen. Bereits morgens bilden sich lange Warteschlangen. Berufstätige können aber auch ohne Schweizerpass einen Termin vereinbaren. Dies gilt aber nicht für nichterwerbstätige AusländerInnen, daher die langen Wartezeiten. Ich habe die E-mail eines Bürgers erhalten, der sich um

die vielen älteren Menschen, Schwangeren und Kinder in der Warteschlange auf der Strasse sorgte. Diesbezüglich besteht also nach wie vor Handlungsbedarf. Von anderer Seite habe ich erfahren, dass die Personalressourcen dieser Dienststelle knapp bemessen sind und ausgebaut werden könnten. **Die GPK beantragt für Punkt 2 des Postulats 20140051 eine Fristverlängerung bis August 2020.**

Im Postulat 20140104 «Städtischer Cannabis-Pilotversuch» wird verlangt: "*Der Gemeinderat soll den Stadtrat über seine Aktivitäten betreffend Punkt 1 und 2 jährlich informieren.*" Der GPK ist keine solche Information bekannt und sie fordert den Gemeinderat daher auf, diese nachzuliefern.

Im Postulat 20160151 «Konzept Bieler Nachtleben» geht es unter anderem um die Erarbeitung eines städtischen Sicherheitskonzepts. Die GPK hatte bis heute keinen Einblick in ein solches. Um das Postulat als erfüllt abschreiben zu können, verlangt die GPK daher Einsicht. **Die GPK beantragt für Ziffer 5 des Postulats 20160151 eine Fristverlängerung bis August 2020** (Ziffern 1, 2, 4 und 7 sind nicht abgeschrieben).

### **Postulat 20140051 "Dienstleistungen zu Gunsten Bevölkerung und Personal verbessern"**

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Der Gemeinderat teilt die Meinung der GPK was die langen Wartezeiten bei der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste anbelangt nicht. Ausnahmsweise konnte bereits morgens eine Warteschlange auf der Strasse beobachtet werden. Ich selber bin aber regelmässig vor der Öffnung der Dienststelle vor Ort und stelle in den allermeisten Fällen nichts dergleichen fest. Im Vergleich zu früher hat sich die Situation verbessert. Was die Unterscheidung der Behandlung von SchweizerInnen gegenüber AusländerInnen betrifft: Das ist so - und wird so bleiben. Die Bearbeitung der Dossiers von Personen ausländischer Herkunft ist aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen aufwändiger, erfordert damit auch mehr Zeit am Schalter und längere Wartezeiten. Die Wartezeiten sollen denjenigen in anderen Städten angeglichen werden. Bern ist gemessen an der Stadtbevölkerung personell nach wie vor höher dotiert als Biel nach der Personalaufstockung. Dennoch verfolgen wir das Ziel, gleich lange Wartezeiten wie in der Stadt Bern zu erreichen. Die Wartezeiten für AusländerInnen auf diejenigen für SchweizerInnen zu senken ist unmöglich. Der Gemeinderat hat die Massnahmen geprüft und darüber Bericht erstattet. Selbstverständlich kann sich der Gemeinderat die Berichterstattung nach zwei Jahren wiederholen. Der Gemeinderat beantragt deshalb, den Vorstoss als erfüllt abzuschreiben. Wenn der Stadtrat nach zwei der mehr Jahren den Eindruck hat, dass die ergriffenen Massnahmen zu wenig zielführend waren, kann er einen neuen Vorstoss einreichen.

**Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO ist mit der Abschreibung des Postulats 20140051 ebenfalls nicht einverstanden. Wie die GPK-Sprecherin bereits erwähnt hat, fallen die Warteschlangen auf dem Trottoir vor der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste besorgten BürgerInnen auf. Sie, Herr Feuerer, wollen eine messbare Wirkung der Massnahmen festgestellt haben, die uns entgangen ist. Insofern ist für Sie die Forderung des Postulats auch formal erfüllt. Die Dienstleistung für SchweizerInnen mag offenbar gut funktionieren. Für mich ist aber nicht nachvollziehbar, wieso für AusländerInnen aufgrund von organisatorischen

Massnahmen nicht eine kürzere Wartezeit erreicht werden kann. **Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Antrag der GPK.** Falls der Stadtrat das Postulat abschreiben sollte, kündigt die Fraktion SP/JUSO einen neuen Vorstoss an.

### **Abstimmung**

- über den Antrag der GPK, die Frist von Punkt 2 des Postulats 20140051 bis August 2020 zu verlängern.

**Der Antrag wird angenommen.**

### **Dringliches überparteiliches Postulat 20140104 "Städtischer Cannabis-Pilotversuch"**

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Ich schliesse mich der Meinung der GPK aus mehreren Gründen an. Wird ein Vorstoss nicht vollumfänglich erfüllt, wird er nicht abgeschrieben. Kein einziges der im Postulat 20140104 geforderten Anliegen wurde erfüllt. Unter Ziffer 1 wird der Gemeinderat aufgefordert, sich mit interessierten Städten abzusprechen und sich aktiv am Forschungsprojekt für einen wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zum kontrollierten Cannabisverkauf zu beteiligen. Die Bewilligung für den Versuch ist im Nationalrat hängig, weshalb er auch noch nirgendwo umgesetzt wurde. Unter Ziffer 2 wird der Gemeinderat aufgefordert, sich auf nationaler Ebene mit den interessierten Städten für die Schaffung der nötigen rechtlichen Voraussetzungen einzusetzen. Diese Forderung ist nach wie vor aktuell. Unter Ziffer 3 wird der Gemeinderat aufgefordert, dem Stadtrat jährlich über seine Aktivitäten zu berichten. Wie die GPK-Sprecherin angemerkt hat, ist seit Einreichung des Postulats 2014 bis heute keine Berichterstattung erfolgt. Der Vorstoss muss also unbedingt aufrechterhalten werden. **Die Fraktion GLP beantragt für das Postulat 20140104 eine Fristverlängerung bis August 2020.**

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Der Vorstoss 20140104 wurde nicht als Motion eingereicht, Herr Wiher. Der Gemeinderat wurde mittels eines Postulats lediglich beauftragt, das Anliegen zu prüfen. Über das Ergebnis hat er Bericht erstattet und wird auch in zwei Jahren nicht anders berichten können als heute.

Was die Ziffer 3 betreffende Information an den Stadtrat anbelangt, so wurde dazu - wenn ich mich richtig entsinne - jedes Jahr im Rahmen des Geschäftsberichts informiert. Den Prüfungsauftrag hat der Gemeinderat entgegengenommen und beantwortet. Das Postulat kann demnach abgeschrieben werden.

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Fraktion GLP auf Fristverlängerung des Postulats 20140104 bis August 2020.

**Der Antrag wird angenommen.**

**Dringliches überparteiliches Postulat 20160151 "Konzept Bieler Nachtleben"**

**Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO ist mit der Abschreibung des oben erwähnten Postulats nicht einverstanden. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt den Antrag der GPK und will mit der Fristverlängerung sicherstellen, dass das Postulat nicht vergessen wird.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP unterstützt den Antrag der GPK zu oben erwähnten Postulat ebenfalls. Solange das Anliegen nicht umgesetzt wurde, kann der Vorstoss nicht abgeschrieben werden. Die Forderung "*Es sind Schnittstellen für eine enge Zusammenarbeit der benannten Beteiligten zu benennen und wo nötig solche zu schaffen (z.B. runder Tisch)*" wurde bis heute nicht eingeführt und ob dies in einem Sicherheitskonzept vorgesehen ist, wissen wir nicht.

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Im Gegensatz zum Postulat 20140104 «Städtischer Cannabis-Pilotversuch» in dem der Gemeinderat aufgefordert wird, das Anliegen zu prüfen und Bericht zu erstatten, liegt mit dem Postulat 20160151 eine umgewandelte Motion vor. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass er das Anliegen als Postulat geprüft und dem Stadtrat bereits Bericht erstattet hat. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

**Abstimmung**

- über den Antrag der GPK um Fristverlängerung für Ziffer 1, 2, 4, 5 und 7 des Postulats 20160151 bis August 2020.

**Der Antrag wird angenommen.**

**Direktion Bildung, Kultur und Sport**

1. Postulat 20130084 Béatrice Sermet-Nicolet / Abschreibung
2. Überparteiliches Postulat 20140265 Reto Gugger, Martin Scherrer, Andreas Sutter / Abschreibung

**Das Wort wird nicht verlangt.**

**Direktion Bau, Energie und Umwelt**

1. Postulat 20000484 Martin Wiederkehr / Fristverlängerung
2. Postulat 20020095 Monique Esseiva / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulate 20020165 Monique Esseiva, Barbara Schwickert / Fristverlängerung
4. Motion 20090103 Michèle Morier Genoud / Fristverlängerung
5. Motion 20110044 Andreas Sutter / Abschreibung
6. Überparteiliches Postulat 20160158 Jeremias Ritter, Reto Gugger, Peter Bohnenblust / Fristverlängerung

**Bohnenblust Peter, Fraktion FDP:** Ich habe einen Wunsch an die Direktion Bildung, Kultur und Sport sowie die Direktion Bau, Energie und Umwelt: Die drei anderen nicht genannten Direktionen haben im Bericht vorbildlich das Datum der Behandlung der Vorstösse im Stadtrat vermerkt. Das erleichtert uns Stadtratsmitgliedern die Arbeit sehr und wir finden problemlos die Wortmeldungen zu den behandelten Vorstössen. Ich bitte daher die Direktionen Bildung, Kultur und Sport sowie die Direktion Bau, Energie und Umwelt, zukünftig das letzte Sitzungsdatum der Behandlung der Vorstösse im Stadtrat ebenfalls zu erwähnen.

**Loderer Benedikt, Grüne:** Ich fordere Sie auf, die Untergasse einmal genau zu betrachten. Durch die neue Pflasterung wurde ein städtebaulicher Gewinn realisiert. Die Direktion Bau, Energie und Umwelt hat hier das Richtige getan. Danke!

**Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.**

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Bevor ich die Sitzung unterbreche, werden die Dringlichkeiten begründet.

**144. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180254  
"Mehrwegeschirr – wann wird die Verordnung endlich angewendet?"  
und**

**145. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20180255  
"Verkehrssituation am «Big Bang»"**

**Frank Lena, Grüne:** Ich habe mich während der Sommerpause zweimal genervt, verbrachte ansonsten aber entspannte Ferien. An der Braderie musste ich feststellen, dass der Gebrauch von Mehrwegeschirr immer noch nicht konsequent umgesetzt ist.

Ausserdem war die Verkehrssituation am «Big Bang» problematisch. Beide Veranstaltungen finden nächsten Sommer wieder statt. Die beiden Interpellationen sind deshalb dringlich, um die Anliegen bis zur Ausgabe 2019 umzusetzen.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**146. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20180253  
"Beschränkung von E-Bike-Sharing-Plattformen"**

**Briechle Dennis, GLP:** Velospot hat angekündigt, seine Velos durch E-Bikes zu ersetzen. Die Ankündigung erfolgte im Juli und ist jetzt aktuell, deshalb besteht die Dringlichkeit.

**Die Dringlichkeit wird gewährt.**

**Sitzungsunterbruch: 19.45 Uhr - 20.50 Uhr**

**147. Interpellation 20170395, Joël Zumstein, SVP, «Abrechnung Kredite»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Zumstein Joël, SVP:** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung. Warum habe ich die Interpellation eingereicht? An der Stadtratssitzung letzten Dezember war die Genehmigung des Nachkredits zum Geschäft 20010192 «Neuerstellung der koordinierten Lichtsignalanlagen Ländte-, Aarbergstrasse und Salzhausstrasse / Abrechnung Verpflichtungskredit Nr. 320100066» traktandiert. Diese Abrechnung erfolgte massiv verspätet und machte einen relativ hohen Nachkredit notwendig, den der Stadtrat zu genehmigen hatte. Vorfälle dieser Art sollten nicht vorkommen. Aus Sorge vor weiteren derartigen Überraschungen habe ich die vorliegende Interpellation eingereicht. In der Beantwortung des Gemeinderats fehlte die darin erwähnte Beilage 2 (Aufstellung Verpflichtungskredite pro Direktion), die ich erst auf Nachfrage erhalten habe. Mit Erstaunen nahm ich die sehr grosse Anzahl der nicht abgerechneten Kredite zur Kenntnis. Zahlreiche dieser nicht abgerechneten Kredite weisen seit über einem Jahr keine Buchungen mehr auf. Wobei anzumerken ist, dass die Aufstellung eine Momentaufnahme darstellt und die Abrechnungen aus bestimmten in der Beantwortung erwähnten Gründen noch nicht erfolgen konnten. Der Gemeinderat hält in seiner Beantwortung fest, dass sich die Situation in der Zwischenzeit verbessert hat. Umso besser, wenn das wirklich der Fall ist! Der aus der Beantwortung entstandene Eindruck wirft Fragen auf. Besteht kein Bedarf nach Instrumenten für die Steuerung und Überwachung von Verpflichtungskrediten? Ich verweise an dieser Stelle auf die Diskussionen rund um die Einführung eines internen Kontrollsystems (IKS). Der Gemeinderat verweist in seiner Beantwortung auf die 2016 eingeführten "systematischen Massnahmen" und erwähnt in diesem Zusammenhang Listen und Aufforderungen. Die Auffassung, was "systematische Massnahmen" sind, dürfte unterschiedlich ausfallen... Nach meinem Verständnis ist eine "systematische Massnahme" eher ein Prozessmodell oder sonstige automatisierte Abläufe zwecks Sicherstellung der Überwachung und Kontrolle... Mein Fazit: Die Interpellation ist vollumfänglich beantwortet und daher bin ich von ihr befriedigt. Die aktuelle Situation bei den Abrechnungen ist aber unbefriedigend und bei weitem nicht zufriedenstellend gelöst.

**148. Postulat 20170386, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, «Ist die Rekrutierungsstrategie der Stadt Biel fair?»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR:** Je remercie le Conseil municipal de sa réponse détaillée et de toutes les précisions apportées. Toutefois, j'ai des questions qui restent en suspens quant à la manière de procéder. En effet, le tableau des postes de cadres publiés en 2016 (page 2 de la réponse) contient des chiffres et des

précisions. Par contre, à la page 3 sur le tableau des postes de cadres publiés en 2017, un chiffre n'est pas avancé qui concerne le recrutement du responsable du Département des finances. La procédure de recrutement a été réalisée avec le soutien du bureau Executive Search Office Ganci & Partners, Berne, dont le siège principal est à Genève. Il ne m'est pas apparu très important de comprendre où se situait le siège de ce bureau de recrutement. Toutefois, après éclaircissement, il s'agit d'un cabinet à Berne qui recrute du personnel alémanique et francophone pour la Confédération. Mis à part cela, j'ai été sensible que dans la procédure tout semble fonctionner et tout paraît équitable. Toutefois, au vu des résultats, moins de personnes de langue française postulent et moins de francophones sont sélectionnés à des postes équivalents. Étant francophone, je suis plus sensible à de telles situations. Mais, le problème se situe davantage au niveau de l'image de la Ville de Bienne. Cela signifie que les francophones qui pourraient être intéressés à un tel poste n'ont pas l'impression que la Ville de Bienne mène une politique de recrutement favorable aux francophones et ceci pourrait donc devenir un frein pour les personnes qui postulent. La Ville a déjà mis en place une série de mesures afin de favoriser le recrutement de personnes francophones. J'en conviens qu'il faut que le Département du personnel adhère et soit sensibilisé à ce besoin, mais il convient aussi que Bienne soigne son image à l'égard des francophones, qui potentiellement pourraient venir s'établir à Bienne. Ces dernières années, la population francophone à Bienne est en augmentation. Il s'agit de personnes de la classe moyenne, voir moyenne supérieure et à ce titre ce sont des contribuables très intéressants pour notre Ville, qu'il convient de soigner. Je demande au Conseil municipal de poursuivre ses efforts.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Frau Gonzalez, Sie haben richtig bemerkt, dass der Gemeinderat die im Vorstoss gestellten Fragen beantwortet hat. Der vorliegende Vorstoss stellt jedoch nicht die für eine Lösung des Problems relevanten Fragen. Weitere Vorstösse zu diesem Thema sind noch hängig. Der Gemeinderat arbeitet an deren Beantwortung und hat dazu verschiedene Aufträge erteilt. Unter anderem soll in Zukunft der Rekrutierungsprozess so durchgeführt werden, dass verstärkt Romands insbesondere für Kaderfunktionen angestellt werden. Das Ziel ist, dass beide Sprachgruppen und damit beide Kulturen in der städtischen Verwaltung gleichberechtigt vertreten sind. Um dieses Ziel zu erreichen muss bereits der Weg dorthin geregelt werden. Die Verantwortlichen in den verschiedenen Verwaltungseinheiten müssen dafür gewonnen werden. Es sollen keine Pro-forma Abläufe eingeführt werden, die der Gemeinderat auf Bestellung des Stadtrats vorschreibt. Hier braucht es Überzeugung. Deshalb braucht der Gemeinderat Zeit für die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen. Er wird sie anschliessend dem Stadtrat vorstellen. Es ist wichtig, dass auf allen Stufen und in allen Direktionen in allen Funktionen eine möglichst ausgewogene Vertretung beider Sprachgruppen sichergestellt werden kann. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass allein mit der Zweisprachigkeit der Mitarbeitenden das Ziel nicht erreicht ist, sondern vielmehr auch eine gewisse Kultur, Denkweise und Haltung dazugehört.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**149. Interpellation 20170396, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, «Wie nehmen die Gemeinderäte ihre individuelle Führungsaufgabe wahr?»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Gurtner-Oesch Sandra, GLP:** Als ich die Beantwortung des Gemeinderats erhalten habe, lag die Zufriedenheitsumfrage der städtischen Mitarbeitenden noch nicht vor. Seit Mai 2018 weiss nun der Stadtrat, welche Handlungsfelder und Verbesserungsmassnahmen der Gemeinderat definiert hat. Bezüglich der Personalfluktuationsrate weist der Gemeinderat darauf hin, dass keine direkte Verbindung zur Führungsverantwortung bestehe. Dem muss ich widersprechen. Diese Kennzahl ist zwar lediglich ein Indiz und nur im Mehrjahresvergleich auswertbar, trotzdem muss der Stadtrat diese Zahlen kennen. Gerade weil die Fluktuationsrate mit 6,8 % im Normbereich von 5 bis 15 % liegt, ist dieser Wert zufriedenstellend. Ich schliesse mich der Meinung von Universitätsprofessoren an, wonach sowohl eine zu hohe als auch eine zu tiefe Fluktuationsrate bedenklich sind. Eine Fluktuationsrate 0 wäre tödlich, weil überhaupt keine Bewegungen mehr stattfinden... Insgesamt bin ich von der Beantwortung befriedigt.

**150. Postulat 20170388, Sandra Schneider, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, «Kein künstlicher Stau auf den Bieler Verkehrsachsen!»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Anfang 2018 hat die SVP zusammen mit der Anwohnerschaft der Mett- und Madretschstrasse über 2'000 Unterschriften gegen die neue Ampelanlage bei der dortigen Unterführung gesammelt. Die Anwohnenden sind unzufrieden und auch die Autofahrenden ärgern sich immer wieder über die Verkehrssituation. Die Mett- bzw. Madretschstrasse ist seit jeher eine wichtige und stark ausgelastete Verkehrsachse. Mit der Eröffnung des Ostasts wurde das Quartier endlich entlastet. Weniger Autos und weniger bis gar keinen Stau mehr und weniger Abgase. Also eigentlich alles super... Wir wären jedoch nicht in Biel, wenn die Autofahrenden für einmal nicht schikaniert würden. Mit der Umsetzung der verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) im Zusammenhang mit dem Ostast wurde genau das Gegenteil dessen bewirkt, was beabsichtigt war: Statt einer Entlastung der Quartiere, haben die Anwohnenden vor ihren Häusern wieder lange Staus, Abgase und regelmässige Hupkonzerte zu verkraften. Bravo, Stadt Biel! Alles gipfelt im Umstand, dass die Ampelanlage und der wechselseitige Einbahnverkehr einen künstlichen Stau schaffen, wirklich bravo! Ich konnte schon mehrmals brenzlige Situationen beobachten, wenn der Bus in die Unterführung einbiegt. Sicherheit ist definitiv anders! Über 2'000 BielerInnen haben der Stadtverwaltung mit der Petition gegen die Ampelanlage Mett-/Madretschstrasse die rote Karte gezeigt! Der Gemeinderat will jedoch nichts davon hören. Diese Haltung, die auch aus der



Beantwortung des vorliegenden Postulats hervorgeht ist enttäuschend. Die drei Anliegen meines Vorstosses wurden vom Gemeinderat nicht sorgfältig geprüft. **Ich beantrage deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben und über die drei Anliegen des vorliegenden Postulats einzeln abzustimmen:**

1. *"Die Lichtsignalanlage bei der Bahnunterführung Madretschstrasse / Mettstrasse wird entfernt und der wechselseitige Verkehr wieder ermöglicht.*
2. *Die von der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) als «wichtige Gemeindestrasse» ausgewiesenen Strassenabschnitte werden von vfM soweit ausgenommen, dass der Durchgangsverkehr nicht eingeschränkt resp. künstlich «gestaut» wird.*
3. *Verkehrsrechtliche Änderungen oder Einschränkungen von Gemeindestrassen unterstehen künftig dem ordentlichen Einspracheverfahren."*

Im Namen der über 2'000 Unterzeichnenden der Petition danke ich für die Unterstützung.

**Koller Levin, JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des vorliegenden Postulats und bittet Sie, seinem Antrag aus folgenden Gründen zu folgen: Der Ostast stellt zusammen mit den vfM ein Gesamtpaket dar, welches die Stadt Biel vom Verkehr entlasten soll. Es können nicht einzelne Massnahmen herausgepickt und rückgängig gemacht werden. Die Ampelanlage an der Mett- und Madretschstrasse gehört zu den vfM und ist Teil dieses Paketes. Zudem hat sich die verkehrliche Situation dank der Ampelanlage deutlich verbessert. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, hat die Ampelanlage zu einer 40%-igen Reduktion der Verkehrsbelastung geführt. Wäre diese vfM nicht umgesetzt worden, hätte das Verkehrsaufkommen weiter zugenommen. Der Verkehr hätte schrittweise zugenommen und schliesslich erneut zu verstopften Strassen geführt. Durch die Ampelanlage hat sich aber nicht nur die Verkehrsbelastung verringert. Mit der Priorisierung des Busverkehrs verkehren die Busse heute deutlich pünktlicher und die BielerInnen verpassen ihre Anschlusszüge am Bahnhof seltener. Darüber hinaus ist die Unterführung jetzt für den Veloverkehr sicherer, wobei die Sicherheit durch bauliche Massnahmen zusätzlich erhöht werden könnte. Würde die Ampelanlage dem Willen von Frau Schneider gemäss entfernt, würde die Verkehrsbelastung zunehmen, die Busse würden wieder im Stau steckenbleiben, wären unpünktlich und die Sicherheit für die Velofahrenden würde sich verschlechtern. Die Fraktion SP/JUSO möchte aber weiterhin für ein tiefes Verkehrsaufkommen, pünktliche Busse und eine sichere Velounterführung eintreten und folgt deshalb dem Gemeinderat.

**Ogi Pierre, PSR:** J'ai vécu une curieuse situation lundi soir, en me rendant à la séance du Groupe PSR, à 18h00. Je pars de chez moi à 17h50, depuis l'arrêt de bus Mauchamp il y avait un bouchon jusqu'à l'ancien restaurant Bären. Je passe par les petites rues, comme chaque personne le fait lorsqu'il faut se déplacer rapidement en me rendant à la rue du Moulin. Là il y a un nouveau bouchon jusqu'au passage sous-voies de la route de Mâche. C'est la situation réelle. Peut-on l'améliorer? C'est pire que la situation antérieure! Je peux vous l'assurer étant habitant du quartier. Je ne raconte pas cette histoire pour soutenir Madame Schneider. C'est un fait que la Direction des travaux publics ne veut pas constater car elle pense que la situation va se régler toute seule. Depuis qu'il est interdit de passer à la rue du Moulin, les automobilistes transitent par la place d'Orpond et de ce fait bloquent le quartier dans son ensemble. Cela pourrait réellement la vie des habitant(e)s. Je me demande s'il n'y a pas une solution afin de stopper ce problème.

**Wiher Max, GLP:** Auch ich bin schon mit dem Motorrad durch dieses Quartier gefahren und widerspreche Ihren Äusserungen, Herr Ogi. Die Situation ist nicht schlimmer als vorher, da habe ich schon ganz anderes erlebt. Die vfM sind kein Wunschkonzert! Wir sind alle froh, gibt es jetzt den Ostast. Dieser bedingt jedoch die vfM. VfM sind zwingend vorgeschrieben und müssen umgesetzt werden. Sie sind zudem aus Sicht der GLP absolut sinnvoll.

**Känzig Urs, Grüne:** Im Namen der Fraktion Grüne kann ich sagen, dass wir hinter den vfM stehen. A5-Ostast und vfM sind ein Paket. Der Ostast ist nun eröffnet also muss sichergestellt werden, dass die vfM funktionieren. Das Ganze ist kein "à la carte"-Menu sondern war von Anfang an klar kommuniziert.

**Wiederkehr Martin, SP:** Sie wissen alle, dass ich in Vingelz wohne. Jahrelang arbeitete ich in Mett und war täglich, meistens mit dem Velo, manchmal mit dem Auto, unterwegs. Bereits 1977 war die Verkehrssituation sowohl für Auto- als auch für Velofahrende schlecht. Seither hat der Verkehr kontinuierlich zugenommen und sich für Velofahrende katastrophal entwickelt. Autofahrende standen zwar im Stau, das aber in relativer Sicherheit. Ich fuhr jedenfalls meistens mit dem Velo zur Arbeit, weil ich damit schneller war. Verkehrssituationen verschlechtern sich nun mal bei höherem Verkehrsaufkommen. Frau Schneider, heute steht ein weiterer Vorstoss von Ihnen zu diesem Thema an (Motion 20180035 «Bau einer Velo- und Fussgängerunterführung an der Madretsch-/Mettstrasse»). Dieser verlangt für teures Geld den Bau eines Tunnels. Ich habe damals dem Anliegen zugestimmt. Vielleicht bezahlt den Tunnel ja jemand anderes oder es wird eine Stiftung dafür gegründet... Nach eingehender Prüfung muss ich aber heute einräumen, dass der Aufwand und die Kosten für einen Tunnel unrealistisch sind. Im Rahmen der vfM rund um die A5-Ostumfahrung liegt aber eine realistische Lösung vor. Als Gewohnheitstier fuhr ich letzthin, um auf den Orpundplatz zu gelangen, den gewohnten Weg und stellte fest, dass ich nicht vorwärtskomme. Das nächste Mal fuhr ich dann über den Ostast. Vom Seefelskreisel fuhr ich Richtung Bern auf den Ostast und war in fünf Minuten am Orpundplatz! Siehe da, die Lichtsignalanlage hat bei mir Wirkung gezeigt. Anstatt einer Viertelstunde war ich nur fünf Minuten mit dem Auto unterwegs. Ich bin auch Autofahrer, Herr Ogi, und manchmal müssen diese, mich eingeschlossen, von ihren Gewohnheiten abgebracht werden. Ich stelle fest, dass der Ostast mir als Autofahrer etwas bringt! Merci.

**Francescutto Luca, UDC:** Personnellement, je ne suis pas du tout opposé aux mesures d'accompagnement à l'ouverture de la branche Est de l'A5. Toutefois, avant de mettre en place des mesures, il aurait fallu un peu réfléchir et ne pas uniquement installer des feux de signalisation un peu partout, étant donné que l'autoroute est ouverte. Lors de l'ouverture de l'autoroute A16, des feux de signalisation n'ont pas été installés à chaque entrée de village du Jura bernois. Quelques années ont passé afin de voir comment la situation se développait et ensuite des aménagements ont été réalisés aux entrées des villages. La commune d'Orpond n'a pas mis en place un feu de signalisation à l'entrée du village, car il a été décidé d'attendre quelques années afin de voir l'évolution de la situation, pour ensuite mettre en place des mesures d'accompagnement. Tandis qu'à Bienne, je m'excuse, on a tout simplement fait du très mauvais travail. L'autoroute s'est ouverte et des feux de signalisation ont été installés partout, sans réfléchir. Il y a quand même un point positif: avec les files de voitures qui attendent aux feux à la route de Madretsch, la maison orange va bientôt devenir noire! (*rires dans la salle*).

**Cadetg Leonhard, FDP:** Für mich war die neue Verkehrsregelung an der Madretschstrasse wie ein Sonnenaufgang. Der Zugang zum Ostast ist nun frei, denn die Madretschstrasse ist im Vergleich zu vorher jetzt leer. Anfangs fuhr ich zu meinem grossen Ärger vom Brühlplatzkreisel her zuerst nach links dann nach rechts und musste dann warten bis alle anderen Fahrzeuge die Lichtsignalanlage passierten. In der Zwischenzeit haben jedoch auch die stursten Verkehrsteilnehmenden dazugelernt und fahren über den Ostast. Natürlich waren die vfM anfangs nervig. Diejenige an der Unterführung Madretsch-/Mettstrasse funktioniert aber meiner Erfahrung nach gut und die Situation hat sich gegenüber vorher wesentlich verbessert. Auch mit dem Velo ist es jetzt viel angenehmer als vorher und funktioniert ausserhalb der Stosszeiten viel besser. Die vfM sind aber keine Gesamtlösung in einem Paket, sondern Zielvorgaben, die übernommen werden müssen. Was mich vor allem für das Gewerbe überall in Biel stört, ist die Einschränkung der Mobilität. Zum Beispiel stelle ich fest, dass die Bushaltestellen vermehrt Strassen blockieren und die Autofahrenden somit warten müssen. Ich denke nicht, dass die individuelle Mobilität abnehmen wird. Mit den selbstfahrenden Autos werden vermehrt Leute unterwegs sein, die, wie ich, dann mit 85, nicht selber Auto fahren. In 10 bis 15 Jahren werden viel weniger Leute ein eigenes Fahrzeug besitzen, die Anzahl Fahrzeuge wird jedoch hoch bleiben. In der Stadt kann nicht einfach jede Strasse verengt und die Mobilität eingeschränkt werden. Die Stadt lebt vom Gewerbe und dieses ist auf Zufahrtswege, nicht nur für Lieferanten, sondern auch für Kunden, angewiesen. Der Erhalt der individuellen Mobilität gehört zur Attraktivität der Stadt. Ich habe Verständnis für den Vorstoss von Sandra Schneider und ich verstehe auch ihren Ärger. Die Haltung des Gemeinderats zu den vfM, übrigens auch an der Bermenstrasse, ist nicht in Ordnung. Ich bin deshalb dafür, hier demokratisch Einfluss zu nehmen und sei es auch nur, indem ich zu dieser Interpellation eine Stellungnahme abgebe.

**Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Ich halte mich kurz. Herr Koller, Sie haben vorhin gesagt, die Fraktion SP/JUSO begrüsse ein geringeres Verkehrsaufkommen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat dasselbe Ziel. Mir stellt sich dazu aber folgende Frage: Kaum war der Ostast eröffnet, hat der Verkehr in der Stadt deutlich abgenommen. Die Installation der Ampelanlage Mett-/Madretschstrasse führte aber umgehend wieder zu Stau. Warum muss hier auf einer Strasse künstlich ein Stau geschaffen werden, die über den Ostast bereits entlastet ist? Ich möchte auf diese Frage eine Antwort von der Baudirektorin. Eine Strasse zuerst zu entlasten und dann wieder zu belasten, ist nicht logisch. Ich bitte den Stadtrat, das Postulat nicht abzuschreiben und die drei Anliegen erheblich zu erklären und damit Ihren gesunden Menschenverstand walten zu lassen.

**Bohnenblust Peter, FDP:** Ich ergänze die Äusserung von Herrn Cadetg. Bezüglich Zielvorgaben zu den vfM liegen Zahlen vor. Ob diese mit oder ohne die Ampelanlage erreicht werden können, ist umstritten. Ich bedaure, dass die Ampelanlage bereits installiert wurde. Von mir aus hätte damit noch zugewartet werden können. Auch ich benütze normalerweise den Ostast. Ab und zu fahre ich aber absichtlich durch die Unterführung Madretsch-/Mettstrasse, um einen Augenschein der Situation zu nehmen. Mit dem Auto warte ich dort während einer bis zwei Rotlichtphasen. Die Wartezeit ist mühsam, jedoch zumutbar. Gegen die Installation der Ampelanlage gingen Einsprachen ein, die jedoch abgewiesen wurden. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass den gesetzlichen Forderungen entsprochen wurde, indem den Einsprachen die aufschiebende Wirkung entzogen wurde. Dieses Vorgehen ist

aber unüblich und diese Praxis wurde dank Beschwerden im Zusammenhang mit der Verkehrsregelung an der Bermenstrasse geändert. Mit dem Entzug der aufschiebenden Wirkung ist der Gemeinderat über das Ziel hinausgeschossen. Ich bringe daher dem Vorstoss gewisses Wohlwollen entgegen, dennoch werde ich aufgrund meiner Gesamtbeurteilung dem Gemeinderat folgen.

**Steinmann Alfred, SP:** Herr Bohnenblust hat vorhin einen wichtigen Punkt erwähnt. Zum Richtplan über die vfM konnten wir uns bereits äussern. Die Fraktion SP/JUSO jedenfalls hat davon Gebrauch gemacht. Zur Feststellung, dass die Installation der Lichtsignalanlage den Verkehr stauen soll, halte ich fest, dass Velofahrende früher in der Unterführung trotz doppelt ausgezogener Sicherheitslinie immer wieder von Autos überholt wurden. Für Sie war die Situation äusserst gefährlich. Heute ist eine deutliche Verbesserung feststellbar. Für Autofahrende stellt sich die Situation bei deutlich weniger Verkehr ungefähr gleich dar wie vorher. Von dieser vfM profitieren schlussendlich alle Verkehrsteilnehmenden. Die vfM sind ein Muss und deren Durchsetzung deshalb zentral.

**Koller Levin, JUSO:** Frau Schneider, Sie sprechen von Entlastung. Die 40%-ige Verkehrsentslastung, die im Richtplan der vfM festgeschrieben sind, wurden erst mit dieser Ampelanlage erreicht. Ohne die Ampelanlage wären die Strassen uneingeschränkt befahrbar gewesen und die Leute hätten vermehrt das Auto benutzt, was unweigerlich zu Staus geführt hätte. Sie sprechen immer von Schikanen. Die Pünktlichkeit der Busse wurde verbessert, die Sicherheit für die Velofahrenden konnte erhöht werden und der Verkehr auf der Mett- und Madretschstrasse wurde um 40 % reduziert! Das sind keine Schikanen, sondern ein Gewinn an Lebensqualität.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Nicht ganz unerwartet sind die Meinungen zu diesem Thema geteilt. Verkehr polarisiert enorm, das stellt der Gemeinderat bei der Umsetzung von vfM immer wieder fest. Diskussionen über die einzelnen Massnahmen sind jedoch wichtig und richtig. Die Einschätzung der Wirkung einzelner vfM ist sehr unterschiedlich. Deshalb wird sie jeweils nachgemessen, so dass objektive Zahlen vorliegen. Die prominenteste Massnahme zum Ostast an der Unterführung Madretsch-/Mettstrasse wurde genau überwacht und begleitet. Die Ergebnisse sind in der Beantwortung erwähnt. Vorab war ein Rückgang des Verkehrs feststellbar, danach erfolgte aufgrund der uneingeschränkten Strassennutzung ein Anstieg des Verkehrsaufkommens. Mit der Einführung der Ampelanlage entwickelt sich nun die Verkehrssituation zielkonform und stabilisiert sich. Die vfM sind als Gesamtkonzept mit vorgegebenen Zielen und Prioritäten zu sehen. Die Massnahmen können verbindlich sein, wie jene an der Madretsch-/Mettstrasse. Hinzu kommen Entlastungen der Quartiere, die im Richtplan nur als Ziel formuliert sind. An der Bermenstrasse beispielsweise wurde keine Massnahme festgelegt, sondern ein Ziel. Sie wissen, dass nach Eröffnung des A5-Ostasts die vfM innert zwei Jahren umgesetzt werden müssen. Diese Zeitspanne ist knapp und erlaubt keine Experimente. Der Gemeinderat hatte sich ursprünglich das Ziel gesetzt, alle vfM bis zur Eröffnung des Ostasts umzusetzen. Aus Kapazitätsgründen war dies jedoch nicht machbar. Es gilt aber die Vorgaben des Bundes einzuhalten. Der Kanton hat auf Gemeindegebiet der Stadt Biel bereits zahlreiche vfM umgesetzt. Viele davon wurden unbemerkt mittels neuer Ampelsteuerungen umgesetzt und ermöglichen eine Verflüssigung des Verkehrs. Unterschiedliche Massnahmen spielen zusammen und ermöglichen die Erreichung der Ziele. Wie vom GLP-Sprecher bemerkt, sind die vfM kein

Wunschkonzert, sondern verbindliche Vorgaben. Aufgrund dessen beantragt der Gemeinderat die Erheblicherklärung des Vorstosses und gleichzeitige Abschreibung.

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Postulantin, Ziffer 1 des Vorstosses nicht abzuschreiben.

### **Der Antrag wird abgelehnt.**

- über den Antrag der Postulantin, Ziffer 2 des Vorstosses nicht abzuschreiben.

### **Der Antrag wird abgelehnt.**

- über den Antrag der Postulantin, Ziffer 3 des Vorstosses nicht abzuschreiben.

**Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat ist somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.**

### **151. Interpellation 20170392, Reto Gugger, BDP, «Was geschieht mit dem Gelände des Schulhauses Dufour?»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Gugger Reto, BDP:** Der Anblick des Gebäudes an der Dufourstrasse schmerzt mich jedes Mal wenn ich daran vorbeigehe. Ich wollte über die Strategie des Gemeinderats zu diesem Gelände informiert werden, deshalb habe ich die Interpellation eingereicht. Von der Beantwortung bin ich befriedigt und danke der Verwaltung für die detaillierte Zahlenzusammenstellung. Ich hoffe stark, dass der Terminplan eingehalten werden kann und der Stadtrat wirklich Ende 2018, respektive Anfang 2019, über einen vernünftig dimensionierten Projektionskredit entscheiden kann. Ich erinnere daran, dass sich die Heiz- und Nebenkosten, Kosten für den baulichen Unterhalt und die Miete für das Fassadenschutzgerüst im Jahr 2017 auf gesamthaft knapp CHF 150'000 belaufen. Die Kosten von CHF 76'000 für den Unterhalt sind sozusagen verloren. Diese Sofortmassnahmen werden höchstwahrscheinlich bei einer Gebäudesanierung wieder zurückgebaut. Deshalb bin ich dafür, so rasch als möglich den Umbau in Angriff zu nehmen.

### **152. Postulat 20170390, Myriam Roth, Fraktion Grüne, «Die Schulwege sichern, indem sie sichtbar gemacht werden»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts:** Je remercie le Conseil municipal de sa réponse et je suis d'accord avec la proposition du Conseil municipal. La sécurité des itinéraires scolaires reste un point très important et il faut mieux prendre en compte les déplacements des enfants dans la gestion du trafic. C'est pour cette raison que je vais déposer prochainement une nouvelle intervention.

**Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Il faut savoir que les chemins d'école à parcourir par les élèves sont très variables et peuvent changer suite à un déménagement, par exemple. Le Groupe UDC/Les Confédérés considère qu'il est préférable de faire des adaptations de sécurité et ceci uniquement après analyse des conditions réelles et du danger réel. Le Conseil municipal est déjà actif dans ce domaine. En effet, des adaptations de sécurité ont déjà été plusieurs fois mises en place. C'est pourquoi, notre groupe propose au Conseil de ville d'accepter la proposition du Conseil municipal.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

### **153. Postulat 20170389, Myriam Roth, Fraktion Grüne, «Schulwegpläne»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts:** Je remercie le Conseil municipal de ses réponses claires et étoffées. Cependant, **je vous demanderais de ne pas radier du rôle ce postulat** pour plusieurs raisons que je vais évoquer. Le chemin de l'école permet aux enfants de se déplacer à pied, renforce et développe leur autonomie et leur capacité cognitive. Ils sont plus sociables et ils font leurs propres expériences. Ils augmentent aussi leur confiance en eux-mêmes, cela même en dehors des trajets liés à l'école. La manière dont un enfant se déplace détermine, en grande partie, comment il se déplacera à l'âge adulte. Les plans de mobilité scolaire sont un outil qui permet d'identifier les dangers et de promouvoir la mobilité douce sur le chemin de l'école. Ils proposent une réflexion efficace et globale sur les déplacements scolaires et permettent d'aboutir à l'organisation d'actions sous forme de recommandations en matière d'infrastructures. Ces plans de mobilité permettent également de sensibiliser certains comportements, qui pourraient mettre en danger les enfants. Les plans de mobilités scolaires offrent également d'autres avantages en permettant aux écoliers de se rendre à pied ou à vélo à l'école. Une activité physique est intégrée de façon simple à la vie quotidienne des enfants. C'est un avantage non négligeable lorsqu'on sait qu'un enfant sur cinq est en excès de poids ou atteint d'obésité en Suisse. D'un point de vue écologique, un tel plan permet d'encourager les élèves, parents ou enseignant(e)s à venir à pied, à vélo ou en transports publics à l'école. Ces modes de déplacement réduisent les émissions de gaz à effet de serre et celles de substances nocives, telles que les particules fines. Avant et après la rentrée scolaire, des parents ont réagi en

demandant plus de sécurité pour leurs enfants. Par des lettres à la Ville, par des réactions sur les réseaux sociaux et dans les médias, les parents montrent leur inquiétude et cherchent des solutions durables. Les plans de mobilité scolaire font partie de ces mesures durables. Pour terminer, ce concept pourrait également être intégré dans le plan de mobilité globale. C'est pour cette raison qu'il ne faut pas radier du rôle ce postulat.

**Sprenger Titus, Passerelle:** Das Ziel, die Infrastruktur die Sicherheit im öffentlichen Raum laufend zu verbessern, ist lobenswert. Initiativen wie «Bike2school», «walk to school» oder, je nachdem, "run to Stadtratssitzung" sind alle gut, erfüllen aber nicht das Anliegen der Postulantin. Der Vorstoss fordert die konsequente Überprüfung der Schulwegsicherheit aus Sicht der Schulkinder. Deren Sichtweise unterscheidet sich nicht nur von der Körpergrösse her von derjenigen der Erwachsenen. Die Kinder sind auf dem Schulweg häufig durch viele Eindrücke abgelenkt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an Art. 11 Abs. 1 zum besonderen Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Bundesverfassung (SR 101). Die Schulwegsicherheit wäre eine Massnahme, diesem besonderen Schutz Rechnung zu tragen. Die Schulwegpläne sind ein konkretes, erprobtes Mittel und kein Phantasiegebilde. Die Schulwege müssen ausserdem mehrmals täglich zurückgelegt werden, nicht nur hie und da... Aus diesen Gründen unterstütze ich das Anliegen des Postulats und den Antrag, dieses nicht abzuschreiben.

**Wachter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Je profite de vous remercier pour mon élection à la Commission AGGLOlac. Si je reprends ce qui a été stipulé dans la réponse du Conseil municipal, le chemin de l'école représente une part importante de notre parcours de vie. Le fait de se rendre à l'école à pied est une école de la vie et a aussi un rôle de sociabilisation. Je vous rejoins complètement, Madame Roth, sur ce point et j'ajoute que c'est un super moyen pour se faire des copains et copines. Cependant, j'estime que le Conseil municipal a déjà montré des efforts dans le sens de ce postulat. Il est clair, que la sécurité des enfants est une priorité absolue, c'est une évidence pour tout le monde. C'est pourquoi, le Groupe UDC/Les Confédérés estime que les offres actuellement disponibles sont suffisantes. Je me permets d'ajouter, à titre personnel, que le Conseiller municipal en charge de ces dossiers est une personne ouverte au dialogue, flexible et réaliste. Pour toutes ces raisons, le Groupe UDC/Les Confédérés suit l'avis du Conseil municipal.

**Steinmann Alfred, SP:** Viele Schulkinder haben einen langen Schulweg. Die Stadtverwaltung verlangt, dass Schulwege bis zu 1,3 km zu Fuss zurückgelegt werden. Es ist wichtig, dass die Kinder lernen mit dem Verkehr umzugehen. Genauso wichtig ist aber, dass möglichst sichere Wege gewährleistet werden. Auch wenn bereits viel unternommen wurde, reicht dies leider nicht. Bei der Kantonspolizei beispielsweise werden die Verkehrssicherheitskurse für Schulkinder aus Kostengründen abgebaut. Auch können sich Schulkinder heute vielfach nicht mehr so gut auf den Verkehr konzentrieren wie früher. Eine Überprüfung der Schulwege auf Schwachstellen ist wichtig. Eine Möglichkeit wäre, Begegnungszonen vor den Schulhäusern zu schaffen. Diese Massnahme stellt jedoch nur eine Möglichkeit dar, da sie örtlich beschränkt und nicht überall umsetzbar ist. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt deshalb die Nichtabschreibung des vorliegenden Vorstosses.

**Francescutto Luca, UDC:** Concernant le transport d'élèves par la Ville de Bienne, permettez-moi d'émettre quelques doutes sur la véracité de la réponse du Conseil municipal. En effet, vous citez que les enfants, dont la distance de leur école enfantine est d'au moins 1,3 km, bénéficient d'un transport en bus scolaire. Comment ce calcul est-il effectué? En effet, le chemin du domicile à l'école doit se faire en empruntant qu'un trottoir et non pas la voie la plus courte. Parfois la distance de 1,3 km augmente sensiblement lorsque le parcours se fait en empruntant uniquement des routes munies d'un trottoir. Les zones à 30km/h, sans trottoir, n'offrent pas une sécurité maximale... Par contre où je ne suis pas du tout satisfait, c'est que selon le Conseil municipal des enfants en 3H (Harmos), âgés de sept ans, doivent pouvoir utiliser les transports publics. Monsieur Némitz, vous m'avez dit une fois que vous aviez 6'067 enfants, mais si vous en aviez qu'un seul âgé de sept ans, je suis certain que vous ne le laisseriez pas emprunter les transports publics pour se rendre à l'école. Que fait la Ville pour épargner? Elle supprime les bus scolaires et offre des abonnements à des enfants de sept ans. Pour les parents, ici présents, je pense que tout le monde trouve cette idée absurde et irréaliste. À l'époque, j'avais déjà dénoncé cet état de fait car j'estimais anormal d'envoyer des enfants si jeunes dans les bus des Transports publics. Imaginez qu'un enfant entre dans le bus et rate l'arrêt de son école et se retrouve à la Place Centrale! Les parents doivent-ils aller le chercher ou doivent-ils téléphoner à la direction de l'école afin d'informer que l'enfant n'est toujours pas arrivé à l'école? Non, car j'espère qu'un enfant de cet âge n'a pas de téléphone portable! Cela fait peut-être rire, mais je ne trouve pas cette situation vraiment drôle. À sept ans, un enfant est trop jeune pour devoir côtoyer des inconnus et trop jeune pour devoir faire face à certaines personnes se trouvant dans les bus si tôt le matin. Néanmoins, le fait de scolariser les enfants dans l'école du quartier où ces derniers habitent, reste le meilleur moyen de les préserver même si, bien sûr, ce n'est malheureusement pas toujours possible. Toutefois, lorsqu'une famille n'a pas la possibilité d'accompagner son enfant à l'école, la réponse ne devrait pas être la suivante: "*Un abonnement vous est offert, alors mettez votre enfant dans les transports publics!*".

**Fischer Pascal, Die Eidgenossen:** Ich äussere mich nicht zum vorliegenden Geschäft, sondern gebe eine Erklärung allgemeiner Art zu den Äusserungen meiner VorrednerInnen ab. Es stimmt nicht, dass sich die heutige Jugend nicht mehr auf den Verkehr konzentrieren kann, Herr Steinmann. Wie alles im Leben, nehmen wir unsere eigene Jugendzeit als Vorbild und übertragen diese auf die heutige Zeit. In den 70-er Jahren ermahnte uns die Mutter jeweils, beim Überqueren der Strasse aufzupassen. Damals war es zeitweise noch möglich auf der Strasse Fussball zu spielen. Heute erzähle ich das meinen Kindern aus Nostalgie, sage aber nicht, dass sie das Ausprobieren sollen. Auch ich weiss, dass so etwas heutzutage nicht mehr möglich ist. Wir Erwachsenen müssen aufhören, die Kinder als Deppen zu behandeln. Mein Jüngster wird im Oktober 9 Jahre alt und weiss, dass er nicht einfach auf die Strasse springen darf. Die Kinder wachsen mit hohem Verkehrsaufkommen auf und kennen nichts anderes. Die früheren Verhältnisse, als nach zwei schwarzen Personenwagen eine Viertelstunde später der rote Trolleybus vorbeifuhr kennen sie nicht. Aber auch die heutige Jugend lernt (wie wir seinerzeit) mit dem Verkehr umzugehen!

**Gonzalez Glenda, PSR:** Merci Madame Roth pour cette intervention qui fait causer et qui fait prendre conscience de pleins de choses. Juste un mot pour vous dire que l'un des principaux dangers pour les enfants sur le chemin de l'école, ce sont les automobilistes, mais pas n'importe lesquels. Souvent ce sont des parents d'élèves qui



accompagnent leurs enfants en voiture à l'école et qui se trouvent aux abords des écoles, dans des zones très protégées. Parfois, on peut même observer des enseignant(e)s qui circulent en voiture et qui s'approchent dangereusement des écoles. Plusieurs cas d'accidents ont été recensés à Bienne, qui ont été provoqués par des parents qui déposaient leurs enfants à l'école ou par un(e) enseignant(e), qui partait ou arrivait à l'école. Prenons garde à cela et en ce sens, les plans de mobilité font sens et sont tout à fait pertinents pour les enfants et pour leur protection. Je vous cite encore une situation, qui a lieu aujourd'hui à Bellinzone. La situation était devenue tellement dangereuse aux abords de l'école (il faut rappeler que les tessinois se déplacent énormément en voiture), que les autorités ont dû décider de faire un périmètre dans lequel il est interdit d'entrer ou de sortir en voiture pendant les heures d'entrée ou de sortie de l'école. Est-ce cela que nous voulons? Encore des chicanes? Appelons aussi à la sécurité individuelle et collective et si les autorités peuvent nous y aider avec des plans de mobilité scolaire, afin de prendre conscience, ils sont les bienvenus.

**Gurtner-Oesch Sandra, GLP:** Auch ich bin Mutter eines Schulkindes und habe grosses Verständnis für das Anliegen. Ich bin nicht sicher, ob eine Mobilitätsplattform zu mehr Sicherheit beiträgt. Eine Massnahme, die helfen würde, wäre die gegenseitige Rücksichtnahme. Diese vermisse ich oft bei AutomobilistInnen und BusfahrerInnen der städtischen Verkehrsbetriebe (VB). Herr Fischer, es mag sein, dass Ihre Kinder mit 9 Jahren um die Gefahren wissen, aber die Kinder gehen heute schon mit 4 Jahren alleine in den Kindergarten...

**Scheuss Urs, Grüne:** Ich beleuchte die Situation von der verkehrspolitischen Seite und verdeutliche, warum das vorliegende Postulat nicht abgeschrieben werden sollte. Das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 761.8) als Umsetzung der Städteinitiative (20120399 Volksinitiative Zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs und des ÖV) wurde heute bereits erwähnt. Ein Ziel des geforderten Reglements für den Langsamverkehr ist die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Ich danke Herrn Sprenger für den Hinweis, dass die Bundesverfassung (BV) uns zum besonderen Schutz der Kinder verpflichtet (Art 11 Abs. 1 BV; SR 101). Die im Rahmen der laufenden Erarbeitung einer Gesamtmobilitätsstrategie aufgezählten Massnahmen begrüsse ich, finde aber, dass sie auch dort Erwähnung finden sollten. Nur wenn das so vorgesehen ist, kann das Postulat abgeschrieben werden, vorher jedoch nicht!

**Loderer Benedikt, Grüne:** Auf meinem Schulweg wollte ich seinerzeit nie gesichert sein, sondern unbeaufsichtigt und das ist viel mehr wert! (*Gelächter*)

**Roth Myriam, Grüne:** Herr Fischer, ich sagte vorhin nicht, dass die Kinder mit dem Verkehr nicht umgehen können. Ich finde jedoch, dass trotzdem etwas für ihre Sicherheit unternommen werden könnte. Frau Gurtner-Oesch, mit dem Mobilitätsplan kann gegenseitige Rücksichtnahme verstärkt werden. Nicht nur die anderen Verkehrsteilnehmer sondern auch die Kinder müssen lernen, Rücksicht zu nehmen.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Madame Schwickert disait tout à l'heure que les questions de circulation suscitaient beaucoup d'intérêt. Monsieur Francescutto, je vous rassure je n'ai pas d'enfants, mais il est vrai que lorsque je traverse la ville le matin à vélo, je ne peux pas faire 100 mètres sans passer devant une école. Plus de 6'000 élèves ont fait la rentrée scolaire cette semaine.

Je me dis souvent que la Ville est responsable de ces élèves, afin qu'ils suivent leur scolarité en sécurité. Certains jours, je me dis que c'est un miracle que tout se passe bien. La Ville porte une responsabilité énorme, chaque jour de leur scolarité. Je n'ose pas toujours réfléchir aux dangers qui pourraient se produire. Tout cela pour dire, que j'ai beaucoup de compréhension envers les préoccupations évoquées dans ce postulat. Pour le Conseil municipal, la question est comment pouvons-nous progresser? Finalement, nous sommes d'accord qu'il faut encore et toujours améliorer le chemin de l'école et la sécurité. Les enfants doivent apprendre à se débrouiller dans la ville, le plus vite possible et les très jeunes enfants doivent aussi être plus protégés que les enfants plus âgés.

La réponse du Conseil municipal concerne une proposition précise, qui est celle des plans de mobilité scolaire. Nous ne connaissons pas ces plans de mobilité. Le Conseil municipal s'est renseigné sur le projet de plans de mobilité scolaire lancé par l'Association transports et environnement (ate). Le Conseil municipal pense que ces plans de mobilité scolaire ne sont pas forcément la meilleure solution pour progresser. Je souhaite rappeler que le déplacement de la maison jusqu'à l'école est placé sous la responsabilité des parents. C'est une donnée fondamentale qu'il ne faut pas perdre de vue, sinon il faudrait que la Ville instaure des systèmes de bus publics, afin d'accompagner les élèves jusque dans les écoles. On a essayé de l'expliquer dans la réponse au postulat. Beaucoup de choses ont déjà été réalisées et il y a encore beaucoup à faire. C'est pourquoi, à plusieurs niveaux, on essaye de progresser en sensibilisant les parents, mais aussi les automobilistes. Cette semaine, vous avez peut-être remarqué que le Service de patrouille (SIP) de la Ville était mobilisé dans les quartiers, devant les écoles et aux points sensibles de sécurité. Une attention particulière est également portée dans l'aménagement des tronçons, dans les endroits dangereux, etc. Je vous remercie d'avoir souligné que la Direction des écoles et son directeur restent ouverts au dialogue. En ce sens, nous tenons compte des soucis des parents.

Le plan de mobilité scolaire semble être une démarche très complexe. Je suis né et j'ai grandi dans un petit village où il y avait une seule école. Il est possible de faire un plan de mobilité scolaire dans ce village, en mobilisant les parents, le corps enseignant, etc. La Ville de Bienne compte 19 entités scolaires et une cinquantaine de bâtiments dans lesquelles les élèves doivent être acheminés. Si un plan de mobilité scolaire est mis en place une mobilisation en énergie et en argent sera nécessaire, car il faudra financer ces projets. Le Conseil municipal pense que les frais et l'énergie dépensés n'apporteraient pas de progression significative en matière de sécurité.

Je vous explique en quelques secondes la complexité du calcul du chemin de l'école et le droit aux bus scolaires. Le calcul du parcours est un élément complexe, qui est en train d'être analysé à nouveau. La Direction des écoles estime qu'un parcours par la forêt est plus sûr et les parents pensent que le passage par la Ville est plus sûr. Il y a moins de voitures en forêt, mais comment savoir ce qui est le plus dangereux. Les bus scolaires sont la meilleure solution, mais les coûts d'une ligne de bus scolaire s'élèvent à 100'000 fr. par année. Donc, si le Conseil de ville donne à notre direction les moyens d'ouvrir dix lignes de bus supplémentaires, je serai le premier à m'en réjouir, mais il y aura des conséquences pour le budget municipal. Il existe une directive cantonale pour les règles suivantes: distance jusqu'à l'école, droit aux bus scolaires, droit aux abonnements de bus des Transports publics. Le Conseil municipal a décidé de la

suivre. Il est vrai, que la Ville a la possibilité d'ignorer cette prescription en étant plus généreux et en prenant d'autres mesures, mais là encore cela entraînerait des conséquences. Je pense vraiment que nous devons intensifier les efforts. Plusieurs projets sont déjà lancés et vont être lancés pour améliorer la situation.

Je vais maintenant vous parler de l'attribution des élèves dans les écoles par quartier. Certains parents, qui habitent un quartier privilégié, se battent pour que leurs enfants fréquentent l'école dans le même quartier. Ils ne veulent pas que leurs enfants se rendent dans une école un peu moins privilégiée et ils prennent parfois le prétexte de la sécurité pour empêcher que l'enfant aille dans une école que les parents imaginent moins favorisée! Les choses sont des fois relativement complexes. Pour ces attributions, il faut plus de rigueur, plus de systématique et plus de cohérence. On se trouve encore parfois dans une phase de bricolage, même si le terme est un peu exagéré. Madame Roth, le Conseil municipal estime qu'il vous a suffisamment informé sur les enjeux de ce projet de mobilité scolaire et que notre volonté est présente. C'est pour cette raison, que le Conseil municipal estime que ce postulat peut être radié du rôle.

**Grupp Christoph, Grüne:** Der Direktor Bildung, Kultur und Sport (BKS) hat auf die Kosten hingewiesen. Der in der Antwort aufgeführte Betrag ist zugegebenermassen nicht klein. Ich erinnere aber daran, dass der Stadtrat für Schulinfrastrukturen immer wieder Millionenbeträge bewilligt. In diesem Zusammenhang darf auch für die Schulwegsicherheit etwas aufgewendet werden. Das heisst nicht, dass alle Massnahmen flächendeckend und auf einmal eingeführt werden sollen. Ein Pilotprojekt an einer bis zwei Schulen zu starten, würde einen Bruchteil kosten. Wie kommt der Direktor BKS auf den Betrag von CHF 100'000 für Schulbusse? Ich bestelle seit Jahren Schulbusse, die 20 bis 22 Kinder durch die ganze Stadt transportieren und zahle jährlich CHF 30'000. Hier müssten vielleicht die Offerten verglichen werden...

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Postulantin, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

**Der Antrag wird abgelehnt.**

### **154. Interpellation 20170354, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Handlungsspielraum Abwartspersonal bei Kleinreparaturen in Schulhäusern»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**155. Interpellation 20170394, Veronika Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Leinenpflicht für Hunde in der Innenstadt und in unmittelbarer Nähe der Schulareale»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Schneider Veronika, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Ich bin täglich auf dem Areal der Wildermettmatte unterwegs. Leider führen immer noch nicht alle HundehalterInnen ihre Hunde an der Leine. Hinweistafeln auf die Leinenpflicht fehlen obwohl sich unmittelbar neben der Matte ein Kindergarten und ein Bikepark befinden. Ich werde an diesem Thema dranbleiben und beobachten, ob vermehrt patrouilliert wird und Hinweistafeln angebracht werden. Sollte dies nicht der Fall sein, werde ich erneut aktiv. Bis zur Umsetzung der erwähnten Massnahmen hoffe ich, dass kein Kind von einem Hund angegriffen wird...

**156. Motion 20170384, Roland Gurtner und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Einführung von Bürgerkonferenzen mit per Los bestimmten Teilnehmenden»**

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Sprenger Titus, Passerelle:** Ich danke dem Gemeinderat für seine Offenheit und die wohlwollende Beantwortung des vorliegenden Vorstosses, der eine verstärkte Teilnahme der Bevölkerung an der Politik zum Ziel hat. Allerdings wurden heute Abend diverse Vorstösse unter dem Hinweis auf die Totalrevision der Stadtordnung nicht abgeschrieben. In diesem Sinne wünsche ich mir für den vorliegenden Vorstoss dieselbe Behandlung und stelle den **Antrag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären aber nicht abzuschreiben**.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat und die Erheblicherklärung wird von den Urhebenden nicht bestritten.

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Urhebenden, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

**Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und abgeschrieben.**

**157. Dringliches Postulat 20180090, Martin Scherrer, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Verlegung der Robert-Walser-Sculpture (Plastikausstellung) auf die Esplanade»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Mit dem vorliegenden Postulat verlange ich vom Gemeinderat die Prüfung der Esplanade als Standort für die Robert-Walser-Sculpture. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass die Standortwahl der Plastikausstellung das Ergebnis einer profunden Analyse durch den Experten, Thomas Hirschhorn, darstellt. Herr Hirschhorn ist derjenige, welcher die Ausstellung entwickelt und realisiert. Wenn ich als Künstler eine Analyse des Standortes für meine Ausstellung vornehme, werde ich dies in erster Linie unter dem Aspekt meines persönlichen Nutzens tun und eine Auswahl aufgrund dem Renommees des Platzes treffen. Die Bedürfnisse der BielerInnen bleiben aussen vor. Offensichtlich steht der Künstler ganz weit oben in der Gunst des Gemeinderats. In seiner Beantwortung hält er fest, dass er nichts bezüglich des Standorts der Skulptur unternehmen kann. Der Gemeinderat gewichtet die Standortanalyse des Künstlers höher als die Bedürfnisse der BielerInnen. Bevölkerung und Gewerbe bezahlen in Biel Steuern und schaffen Arbeitsplätze. Der Gemeinderat sollte sich daher gut überlegen, wo er die Prioritäten setzt! Der Bahnhofplatz wird von unterschiedlichsten Personengruppen genutzt, allen voran den PendlerInnen, aber auch den Velofahrenden, welche die knapp bemessenen Veloabstellplätze am Bahnhof nutzen. Autofahrende nutzen das Kurzzeitparking um jemanden abzuholen oder zu bringen. Auch Busse fahren um den Bahnhofplatz und die Taxis haben auf dem Platz ihren Standplatz. Das Kunstwerk wird nicht klein ausfallen, sondern den Bahnhofplatz zu ungefähr 80% belegen. Auto- und Veloparkplätze fallen dadurch weg und die Nutzung des Bahnhofplatzes wird stark eingeschränkt. Die Braderie wird, trotz gültigem Vertrag zur Nutzung des Bahnhofplatzes, dem Willen des Gemeinderats entsprechend ausquartiert. Auch das Bieler Stadtfest wird also zu Gunsten des Künstlers benachteiligt. Der Gemeinderat blendet sämtliche Auswirkungen dieser Kunstaktion aus und erwähnt sie in seiner Antwort nicht. Der Gemeinderat hat somit das Postulat gar nicht geprüft. Ich erwarte eine ernsthafte Prüfung der Verlegung auf die Esplanade! Die Esplanade ist ein guter Standort, wie die Eisplanade gezeigt hat und genau so einfach zugänglich wie der Bahnhofplatz. Aus diesem Grund **beantrage ich, das Postulat nicht abzuschreiben**. Eine Anmerkung zum Schluss: Mir ist durchaus klar, warum der Künstler seine Kunstausstellung auf dem Bahnhofplatz inszenieren will. Mit den PendlerInnen, die jeden Tag dort vorbei müssen, wird die Zahl der zu erwartenden 100'000 Ausstellungsbesuchenden erreicht...

**Briechle Dennis, Fraktion GLP:** Über die letzten rund zehn Jahre wurde im Stadtrat verschiedentlich über die Neugestaltung von Plätzen gesprochen. Dies wurde jeweils heiss diskutiert und später auch umgesetzt. Die Stadt hat zwischen der Schiffländte und Strandboden mit dem Joranplatz neuen Raum gestaltet, der ausdrücklich leer bleiben soll, damit er für Veranstaltungen taugt. Die Stadt hat den Oberflächenparkplatz auf dem Kongresshausareal aufgehoben und ein unterirdisches Parkhaus gebaut und an der Oberfläche einen grossen freien Platz, die Esplanade, geschaffen, um einen

weiteren Ort für Veranstaltungen zu haben. Die Stadt hat auch den Neumarktplatz neu bauen wollen, zwar von Bäumen gesäumt, aber auch er war als leere Fläche geplant um für Veranstaltungen zur Verfügung zu stehen. Das Projekt wurde zwar nicht realisiert aber auch in seiner heutigen Form könnte dieser Platz entsprechend genutzt werden. Die Stadt Biel plant neue Plätze, die möglichst für Veranstaltungen genutzt werden sollen. Das ist erfreulich. Aktuell ist eine grosse Veranstaltung mit viel Platzbedarf geplant. Dennoch wird keiner der erwähnten Plätze dafür genutzt. Die Veranstaltung wird ausgerechnet dort durchgeführt, wo bereits diverse andere Nutzungen aufeinandertreffen... Ich habe deshalb sehr grosse Sympathien für den vorliegenden Vorstoss.

**Koller Levin, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO dankt der Fraktion SVP/Die Eidgenossen für den vorliegenden Vorstoss. Denn dank diesem und der heutigen Auseinandersetzung mit dem Kunstprojekt sind auch wir Stadtratsmitglieder Teil davon geworden. Im Gegensatz zur Fraktion SVP/Die Eidgenossen freuen wir von der Fraktion SP/JUSO uns auf die Ausstellung. Für uns versteht es sich von selbst, dass für dieses Kunstprojekt dem Künstler nicht einfach irgendein Platz zugeteilt wird, sondern ein prominenter Standort von grosser Bedeutung. Wir sind überzeugt, dass die Resonanz sehr hoch sein wird und Menschen aus der ganzen Schweiz anreisen werden um die Ausstellung zu besuchen und schöne Erinnerungen mitnehmen werden. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion SP/JUSO die Erheblicherklärung des vorliegenden Vorstosses ab.

**Hamdaoui Mohamed, PSR:** Il faut un peu arrêter avec ce délire! J'ai eu l'occasion, à une ou deux reprises, de discuter avec Monsieur Hirschhorn, qui a reconnu avoir commis une grosse erreur en terme de communication. Il a mal expliqué son projet et depuis le début de cette année, il ne cesse pas de discuter avec les principales personnes concernées, pour essayer de donner des explications concernant son oeuvre. Il m'arrive parfois de prendre le taxi et je discute avec les conducteurs ou conductrices. Ils/elles m'ont dit avoir reçu des explications et qu'ils/elles s'associent pleinement à cet oeuvre et la trouvent fantastique. Le déplacement de l'oeuvre à l'Esplanade est de la foutaise, car pendant six mois cette place ne pourra pas être utilisée. Rendez-vous compte comme la place de l'Esplanade est utilisée! Je pense qu'il faut laisser cette exposition à cet endroit et elle donnera une visibilité différente pour la Ville ou il faut définitivement la refuser, mais cela serait nul!

**Wiher Max, GLP:** Ich finde Kunst eine gute Sache und unterstütze sie in all ihren Formen, ob sie mir gefällt oder nicht, ist mir nicht so wichtig. Ich finde Kunst notwendig. Diese Kunstaussstellung aber ist umstritten. Gerade Herr Hirschhorn hat in anderen Städten riesige Ausstellungen realisiert. In keiner fanden die Ausstellungen aber auf dem Bahnhofplatz statt. Er war mit seinen Kunstwerken an der Peripherie und war glücklich damit. In Biel aber erhält er dafür den Bahnhofplatz. Ich weiss nicht, ob er diesen gefordert oder angeboten bekommen hat. Ich wage aber zu bezweifeln, dass die Ausstellung auf dem Bahnhofplatz angesichts der verschiedenen Nutzenden praktikabel ist. Ich wuchs in einem Dorf auf, das mit der «Ausstellung Bad Ragaz» grosse Medienpräsenz hatte. Der Anlass war mit Kosten von unter CHF 300'000 günstig und wurde von KünstlerInnen aus der ganzen Welt gestaltet. Ich verstehe nicht, warum Herr Hirschhorn nicht selbstsicher genug ist und den BielerInnen einen Weg von 500 Metern zumutet, wenn zahlreiche No-Name KünstlerInnen in Bad Ragaz den Besuchenden einen Weg von 3 Kilometern zumuten. In meinen Augen ist eine

erfolgreiche Kunstausstellung nicht eine Frage des Durchführungsortes, sondern der Qualität und diese liegt beim Kunstschaffenden. Deshalb werde ich die Erheblicherklärung des Postulats unterstützen und für eine Prüfung anderer Standorte eintreten.

**Loderer Benedikt, Grüne:** Herr Scherrer, Sie sind nicht konsequent genug. Eigentlich müssten Sie sich dafür einsetzen, dass diese Ausstellung weit draussen im Bözingenfeld stattfindet. Dort schadet sie weniger und dort werden weniger Leute hingehen. Das Ganze könnte dann als geschlossene Gesellschaft sauber abgewickelt werden und wäre vielleicht auch noch billiger. Ich denke, Sie haben den Entschluss, die Plastikausstellung auf dem Bahnhofplatz zu veranstalten gut begriffen, weil diese Sie dort stört. Damit geschieht in der Stadt etwas, das den Normalbetrieb durcheinanderbringt. Das ist eine der verborgenen Absichten der geplanten Ausstellung. "Verborgen" ist eigentlich das falsche Wort, denn Sie haben die Absicht ja sofort erkannt. Sie sind sofort bereit für die Alltagstauglichkeit auf die Barrikaden zu steigen. Ich gehe für die Anti-Alltagstauglichkeit auf die Barrikaden. Ich wünsche mir, dass diese Ausstellung auf dem Bahnhofplatz stattfindet, schon nur deshalb, weil Sie sich so überlegen müssen, um was es bei dieser Ausstellung eigentlich geht. Wie schon gesagt, können wir es machen wie Bad Ragaz und uns die, doch etwas zweitklassige Ausstellung anschauen und dann ins Café gehen, womit alles wieder in bester Ordnung ist. Vielleicht könnte mit einer Ausstellung aber auch etwas Unordnung gestiftet werden, was ich vehement begrüße!

**Cadetg Leonhard, FDP:** Herr Loderer, Sie irren sich grundsätzlich und zwar aus verschiedenen Gründen: Heute werden die Nutzenden des Bahnhofplatzes tagtäglich daran erinnert, dass der Bahnhofplatz nicht ganz so ist wie ursprünglich gedacht. Einer wie Hirschhorn ist dazu nicht nötig (*Zwischenruf*). Lassen Sie mich ausreden, ich habe Ihnen vorhin auch zugehört. Wie Sie soeben, trete auch ich jetzt lehrerhaft auf. Wer genau hinschaut was Hirschhorn macht, sieht, dass er die unterschiedlichsten Leute instrumentalisiert. Die Beantwortung des Gemeinderats legt davon Zeugnis ab! Der Gemeinderat schreibt, dass Herr Hirschhorn den Standort mit vielen Persönlichkeiten abgeklärt hat und diese einhellig den Bahnhofplatz als Standort für die Plastikausstellung toll finden. Diejenigen, die wie ich gerne Robert Walser lesen, wissen um die leisen Töne in seinen witzigen, zum Nachdenken anregenden Geschichten. Hirschhorn manipuliert nun aber Leute, die mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben und will etwas mitten in der Stadt machen, das laut und gemein gegenüber allen ist, die dort zirkulieren und die Kunst anschauen müssen. Als BielerInnen werden wir wieder einmal an der Nase herumgeführt und lassen uns das anscheinend auch noch gerne gefallen! Herr Briechle hat richtig bemerkt, der Platz unten am See wurde für Veranstaltungen freigehalten, obwohl das Gymnasium nebenan eigentlich einen weiteren Ausbau benötigt. Jetzt ist der Platz leer und niemand nutzt ihn. Ich verstehe Herrn Scherrers Anliegen. Unabhängig von seinen Kunstwerken zeugen Herrn Hirschhorns Provokationen von ausgezeichneter Qualität. Wir haben es absolut nicht nötig, uns so an der Nase herumführen zu lassen! Das Postulat abzuschreiben wäre völlig fehl am Platz.

**Scherrer Martin, SVP:** Ein Wort an Herr Loderer: Wie Herr Cadetg bereits gesagt hat, liegen Sie völlig falsch. Meine Gedanken können Sie nicht kennen. Sie massen sich an, zu wissen was ich denke. Das ist eine Frechheit! Wie Herr Briechle erwähnt hat, verfügt die Stadt Biel über verschiedene Plätze für Veranstaltungen. Warum werden

diese jetzt nicht dafür genutzt? Der Bahnhofplatz ist für diese Ausstellung der falsche Ort und stört dort die BielerInnen. Ich selber fahre mit dem Zug zur Arbeit und stelle mein Velo auf der anderen Seite des Bahnhofs ab, muss also glücklicherweise nicht durch die Ausstellung laufen. Insofern bin ich selber von dem Ganzen nicht betroffen und habe kein persönliches Interesse an einer Verlegung des Kunstwerks.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Ich finde es gut, wurde das vorliegende Postulat eingereicht. Kunst sollte zum Nachdenken und zum Diskutieren animieren. In der Beantwortung steht, dass Herr Hirschhorn den Bahnhofplatz als Standort für seine Ausstellung gewählt hat. Ich vermute, dass der Standort zum Kunstwerk gehört und es deshalb nicht einfach versetzt werden kann. Ein Gemälde ist ja auch ein Gesamtkunstwerk und dessen Details können nicht einfach daraus entfernt werden. Ich bin dafür, dass die Ausstellung so wie geplant durchgeführt wird. Wer weiss, ob wir nicht bald wieder im Stadtrat darüber diskutieren... Ich sehe der Entwicklung gespannt entgegen.

**Gugger Reto, BDP:** Über Thomas Hirschhorn kann noch stundenlang diskutiert werden. Die Meinungen zu seiner Kunst sind geteilt. Bis jetzt ging ich ihm aus dem Weg, was mir leider auf dem Bahnhofplatz nicht mehr möglich sein wird... Zurück zum vorliegenden Postulat: Wir sprechen nicht über eine Motion. Es geht nicht darum, die Ausstellung zu verhindern. Das Postulat ist ein Prüfauftrag an den Gemeinderat. Dieser hat seinen Auftrag erfüllt, das Anliegen geprüft und dargelegt, warum aus seiner Sicht ein anderer Standort nicht möglich ist. Für mich ist das Postulat somit erfüllt, auch wenn ich selber die Schlussfolgerung des Gemeinderats nicht teile.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Le Conseil municipal vous a offert la possibilité, il y a quelques semaines juste avant les vacances, de rencontrer Thomas Hirschhorn qui souhaitait pouvoir expliquer aux membres du Conseil de ville son projet. Malheureusement, je crois qu'il n'y avait que deux conseillers de ville présents sur les 60! Je pense que ce manque de participation est un peu dommage car vous auriez pu avoir l'information "en live", car ce n'est pas moi qui est le mieux placé pour expliquer la démarche de Monsieur Hirschhorn. Je fréquente Monsieur Hirschhorn depuis quelques mois et s'il y a un terme qui ne convient pas pour Monsieur Hirschhorn, c'est bien celui d'expert. C'est un artiste, c'est certain, mais dans son attitude, il n'est pas expert mais plutôt passionné et très engagé. Je pense que d'autres personnes dans cette salle et même des personnes qui sont opposées à cette exposition peuvent confirmer que Monsieur Hirschhorn est un personnage très engagé. Il y a beaucoup de personnes qui vivent dans cette Ville qui apprécient des projets de ce genre. Qui peut, aujourd'hui, dire que la majorité de la population est pour ou contre cette exposition? Ce qui est clair, c'est qu'il y aura environ 30 projets qui vont se développer avec l'exposition de Monsieur Hirschhorn. Monsieur Wiher, cette exposition ne sera pas visitée comme une exposition classique. En effet, sur la Place de la Gare, plusieurs éléments seront construits et animés par plusieurs associations ou groupements. Pour l'anecdote, je vous signale que même le Gymnase de Bienne est impliqué dans le projet de Monsieur Hirschhorn. (*agitation dans la salle*) Bref, la Croix-Bleue est aussi impliquée dans cette exposition et cela montre qu'il y a une vraie mobilisation. Monsieur Hirschhorn a convaincu le Conseil municipal que la Place de la Gare est l'endroit le plus complexe, qui pose le plus de défis, mais c'est celui qui fait le plus de sens pour cette exposition, car c'est le centre de la Ville. Même si la Place Centrale est le centre, on sait bien que la Place de la Gare est une place où



il y a beaucoup d'animation. Cet hommage à Robert Walser, qui était un grand écrivain (c'est un francophone qui vous le dit), doit pouvoir se faire dans ce noeud de la Ville de Bienne. Cela fait encore plus de sens en sachant que Robert Walser a beaucoup voyagé en train et il était aussi un "*Wanderer*". Il a donc un lien avec cet endroit. La mission commune du Conseil de ville et de Thomas Hirschorn est de garder cette place ouverte. Il n'est pas question que la place de la Gare soit durant quelques mois la propriété de qui que ce soit. On doit pouvoir continuer de circuler et cette exposition sera une oeuvre traversante. Il sera possible de traverser cette oeuvre facilement et aussi s'y arrêter si on le souhaite. J'essaie de vous convaincre, que la priorité de Thomas Hirschorn est de garder cette place publique en créant une oeuvre qui respecte cela. Vous avez probablement suivi les débats menés, le défi est énorme afin de concrétiser ce projet, notamment avec les taxis, mais aussi l'accès et la sécurité, le parking, etc. Le Conseil municipal estime que le projet tel qu'il est rend possible le maintien de l'ouverture de la place de la Gare pour la population. Les mesures sont prises afin de rendre l'évènement possible. Dans ce sens-là, le Conseil municipal a pris au sérieux la demande du postulat et l'a analysé. Le choix de la Place de la Gare fait du sens et le Conseil municipal estime que les mesures prises garantissent que la place ne sera pas bloquée et fermée durant les mois d'exposition. Pour toutes ces raisons, le Conseil municipal estime que ce postulat peut être radié du rôle.

### **Abstimmung**

- über den Antrag des Postulanten, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

**Der Antrag wird abgelehnt.**

### **158. Dringliche Interpellation 20180092, Muriel Günther, SP, Levin Koller, JUSO, Miro Meyer, JUSO, «Diskriminierung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität in Biel?»**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Koller Levin, JUSO:** Die InterpellantInnen danken dem Gemeinderat für seine Beantwortung und sind von ihr befriedigt. Wir begrüßen, dass der Gemeinderat den Zugang von mobilitätseingeschränkten Personen zum öffentlichen Verkehr verbessern und die Regelung der Zeitlimite für Parkplätze prüfen will. Wir sind am Prüfungsergebnis sehr interessiert und haben selber Abklärungen vorgenommen. Eine wichtige Organisation für mobilitätseingeschränkte Menschen in Biel sagte uns, dass sie keine Aufhebung der Zeitlimite wünschen. Eine Verlängerung von drei auf sechs Stunden würden sie sich aber begrüßen. Deshalb bitten wir den Gemeinderat, die Zeitlimite von drei auf sechs Stunden zu erhöhen. Vielen Dank

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Herr Koller, der Gemeinderat hat das Anliegen aufgenommen. Gespräche mit den entsprechenden Organisationen sind geplant. Deren Resultat ist noch ausstehend.

**159. Überparteiliches Postulat 20170385, Patrick Widmer, SVP, Leonhard Cadetg, FDP, «Braucht es die Fachstelle Integration noch?»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés:** Je tiens ici à remercier le Conseil municipal de sa réponse. Ce postulat a, entre autre, permis de mieux comprendre l'utilité et le fonctionnement du Service spécialisé de l'intégration. Le Groupe UDC/Les Confédérés est satisfait de la réponse et suivra la proposition du Conseil municipal d'adopter et de radier du rôle ce postulat.

**Vlaiculescu Christiane, PSR:** En préambule, permettez-moi de vous dire que bien qu'une éventuelle suppression du Service spécialisé de l'intégration de Nidau ait été discutée, le Conseil municipal de Nidau a clairement renoncé de le supprimer. Cette information m'a été confirmée par Monsieur Zesiger, responsable du Département de la formation, de la culture et du sport de Nidau. Il s'occupe également du bureau de l'intégration. La mise en place d'outils pour chercher à résoudre les problèmes demande une structure responsable de ce travail. Voici le rôle du Service spécialisé de l'intégration. L'élaboration d'une stratégie adaptée aux besoins n'est pas quelque chose qui se fait en un claquement de doigts. En effet, c'est un travail de longue haleine, dont les conséquences sont appréciées par toutes et tous, notamment les personnes directement concernées, mais aussi par la population, le monde du travail et la Ville de Bienne. Ceci devrait permettre de gommer un peu la réputation négative de notre Ville à ce sujet. L'intégration tend à une cohabitation pacifique et respectueuse des populations suisses et étrangères. C'est un travail d'ordre stratégique et opérationnel. Le Service spécialisé de l'intégration initie, coordonne, surveille les projets, en particulier leur efficacité afin qu'ils correspondent à la stratégie en matière d'intégration de notre commune, mais aussi à celle du Canton. Ce service assure son financement en cherchant des moyens financiers tels ceux trouvés pour le financement du projet de la Maison des langues, que vous connaissez toutes et tous. Le Service spécialisé de l'intégration a la responsabilité de chercher des financements spéciaux auprès de la Confédération et du Canton pour la promotion spécifique de l'intégration. Il est également responsable de l'information. C'est un relai et un instrument indispensable de représentation de la Ville de Bienne au niveau fédéral, cantonal et communal. Ce service permet aux structures dites ordinaires comme les écoles, le service social, le service des habitants, de mener des réflexions, de proposer et de mettre en pratique des mesures permettant l'intégration. En outre, le Service spécialisé de l'intégration est responsable de la formation continue des spécialistes. Il évite les doublons et permet donc une rationalisation des frais impliqués. C'est un point important pour le Conseil de ville, qui cherche à faire des économies. Les résultats de l'intégration se font ressentir au niveau de la formation professionnelle, du marché du travail, de la santé, sans oublier la sécurité sociale, l'urbanisme, les écoles, les loisirs, les sports et la culture. Le service spécialisé de l'intégration concerne une majorité d'adultes dont une majorité de suisses (70%). Il répond aussi à des besoins plus larges et différents de ceux à la charge des écoles. L'idée de transférer cette tâche aux écoles peut faire sens, mais attention à ne pas réduire la portée que doit recouvrir l'intégration.

La lecture de la liste des projets et des liens du Service spécialisé de l'intégration sur le site de la Ville de Bienne suffit à justifier de l'existence même d'un tel service. Le PSR défend l'affirmation que l'intégration n'est pas le fruit du hasard, mais que c'est un devoir, tant pour le citoyen que pour la Ville. Le PSR ne voit donc absolument pas quel serait l'intérêt de cette suppression pour la Ville, sa population et le monde industriel et économique. Ce serait un retour aux années 50. En effet, l'encouragement de l'intégration par l'État est reconnu depuis un certain nombre d'années dans la Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration (LEI; RS 142.20). Celle-ci mentionne que l'intégration est une tâche de l'État ainsi que la mise en place de programmes d'intégration cantonaux. Quel que soit en fait l'idée cachée derrière ce postulat, ce dernier n'est plus d'actualité puisque le Canton a officiellement mandaté la Ville de Bienne de reprendre, dès 2019, l'antenne de l'intégration. Ce mandat amène cependant quelques réflexions et questions: comment la Ville va-t-elle organiser ce mandat? Quelle sera la place de Multimondo? Quelles seront les conséquences pour cette association, alors partenaire du Service de l'intégration? Quels seront les changements pour le Service de l'intégration, son personnel et les personnes profitant de l'intégration? Pour toutes ces raisons, le PSR estime que ce postulat n'a pas de sens et demande de suivre la proposition du Conseil municipal.

**Frank Lena, Grüne:** Als ich das Anliegen des Postulats gelesen habe, musste ich mich schon fragen. Die Postulanten kamen doch tatsächlich auf die Idee, die Fachstelle Integration abzuschaffen. Nidau hat das ja schon vorgemacht. Die Bieler Fachstelle Integration leistet Einiges mehr als das diejenige in Nidau getan hat. Wieso wurde der Vorstoss nicht als Interpellation eingereicht, um diese Fragen zu klären? Am meisten staune ich aber darüber, dass genau diejenigen, die immer wieder Integration fordern jetzt ins Auge fassen, die Fachstelle eventuell abzuschaffen. Sie, Herr Widmer und Ihre Partei gehören zu den Ersten, die laut aufschreien, wenn MigrantInnen schlecht integriert sind. Ich bin deshalb froh, folgen Sie dem Gemeinderat und tragen die Abschreibung des Postulats mit. Ich verschone Sie aus diesem Grund von der ganzen "Predigt"... (*Heiterkeit*)

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Ich danke den Postulanten dafür, dass sie die Beantwortung des Gemeinderats als erhellend ansehen und den Vorstoss abschreiben wollen. Die Fachstelle Integration wirkt als Steuerungsorgan und kann nicht ohne weiteres auf eine andere Einheit übertragen werden.

**Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

### **Ordnungsantrag**

**Clauss Susanne, SP:** Der Stadtrat war heute Abend fleissig und effizient. Ich beantrage deshalb, die Sitzung für heute abubrechen und die ausstehenden Geschäfte auf die Sitzung im September 2018 zu verschieben. Damit hätten wir morgen einen freien Abend gewonnen.

### **Abstimmung**

**Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen. Die weiteren Geschäfte werden auf die nächste Stadtratssitzung im September 2018 verschoben.**

15.08.2018

419/421

**Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin:** Ich schliesse die Sitzung und wünsche eine gute Heimreise.

**160. Neueingänge**

<b>20180253</b>	<b>Dringliches überparteiliches Postulat Dennis Briechle, GLP, Anna Tanner, SP, Lena Frank, Grüne, Reto Gugger, BDP, Judith Schmid, PdA</b>	<b>PRA</b>
	Beschränkung von E-Bikes bei Bike-Sharing-Plattformen Limiter la part des vélos électriques sur les plates-formes de partage de vélos	BEU
<b>20180254</b>	<b>Dringliche Interpellation Lena Frank, Grüne</b>	<b>DSS</b>
	Mehrweggeschirr – wann wird die Verordnung endlich angewendet? Vaisselle réutilisable – quand l’ordonnance sera-t-elle enfin appliquée ?	BEU
<b>20180255</b>	<b>Dringliche Interpellation Lena Frank, Grüne</b>	<b>DSS</b>
	Verkehrssituation am «Big Bang» Situation du trafic lors du «Big Bang»	
<b>20180256</b>	<b>Postulat Glenda Gonzalez, Groupe PSR</b>	<b>BEU</b>
	Biel/Bienne fière de sa Vieille Ville Biel/Bienne stolz auf seine Altstadt	PRA
<b>20180257</b>	<b>Überparteiliches Postulat Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO, Judith Schmid, PdA, Christoph Grupp, Fraktion Grüne, Mohamed Hamdaoui, PSR</b>	<b>DSS</b>
	Aufnahme von Bootsflüchtlingen Accueil de réfugiés arrivés par bateau	PRA
<b>20180258</b>	<b>Überparteiliches Postulat Judith Schmid, PdA, Dennis Briechle, GLP, Muriel Günther, SP, Titus Sprenger, Passerelle, Lena Frank, Grüne, Mohamed Hamdaoui, PSR</b>	<b>DSS</b>
	Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei Mesures de prévention et de surveillance des contrôles «au faciès» effectués par la Police cantonale	
<b>20180259</b>	<b>Überparteiliche Interpellation Urs Scheuss, Grüne, Susanne Clauss, SP, Titus Sprenger, Passerelle, Beatrice Helbling, SVP</b>	<b>DSS</b>
	Leiser Big Bang, 2. Teil Big Bang plus silencieux, partie 2	PRA
<b>2018260</b>	<b>Interpellation Glenda Gonzalez, Groupe PSR</b>	<b>BEU</b>
	Que se passe-t-il avec tous le panneaux autoroutiers de la A5 ne respectant pas la signalisation bilingue ? Was passiert mit der nicht-Einhaltung der Zweisprachigkeit bei der Signalisierung der Autobahn A5 in Biel?	

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:54 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:**

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

**Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

**Protokoll:**

Meister Katrin

Flückiger Rita

**Procès-verbal:**

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane